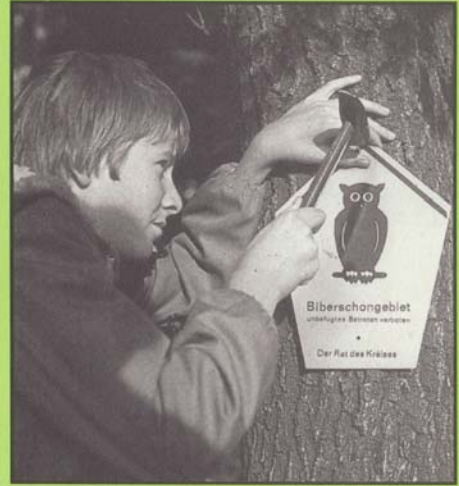


STUDIENARCHIV UMWELTGESCHICHTE

Gemeinsame Mitteilungen vom Bund für Natur und Umwelt e.V.
und Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V.

Nr. 4

[BNU-IUGR-Mitteilungen 11/1-1998]



Aus dem Inhalt:

Naturschutz-Treffen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern • „Gesellschaftliche Tätigkeit“ im Wandel • „Plage“-Wende • Ehrenamtliche Naturschutzarbeit in Berlin-Hellersdorf • Zur geobotanischen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 • Herrmann Göriz zum Gedenken • 100. Geburtstag Karl Kneschke • Kolloquium für Karl Bartels und Carl Hainmüller • Umwelt und Planung im Bezirk Erfurt - persönliche Erfahrungen • Aus dem Studienarchiv • Neuerscheinungen und Rezensionen

ISSN 0949-7366

Ein herzliches Dankeschön!

Druck und Versand der letzten Ausgabe „Studienarchiv Umweltgeschichte“ wurden unterstützt durch: Frau P. Adam, Dr. H. Arnold, A. Banneick, D. Bauer, F. Baumann, Prof. Dr. G. Bayerl, J. Berger, Dr. O. Bittmann, W. Blaschke, Dr. F. Butzin, H. Dach, H. Diem, R. Fischer, E. Fritze, Dr. H.-J. Harnisch, W. Heinicke, Prof. Dr. R. Heinrich, Prof. Dr. H. Gemkow, R. Gorisch, A. Groß, Dr. K.-H. Großer, Prof. Dr. H. Karsten, Dr. G. Klafs, Frau S. Kleinfeldt, Frau Dr. S. Kosmale, Dr. E. Ladwig, R. Linser, K. Maaß, H. Namslauer, H. Nell, G. Queißer, K. Reber, B. Riechers, K.-H. Rothamel, Frau Dr. I. Röthling, O. Schneiderreit, F. Schulz, W. Teske, A. Thiele, Prof. Dr. H. Thomasius, Frau K. Todt, H.-D. Trillmich, M. Uhlig, K. Wächter, H. Weiß, Frau I. Wübbe, G.-J. Zörner

Impressum:

Studienarchiv Umweltgeschichte

gemeinsame Mitteilungen vom BNU - Bund für Natur und Umwelt e.V. und IUGR - Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. • Herausgeber: IUGR e.V. Redaktionsanschrift: Schwedter Str. 37-40, 10435 Berlin, Tel./Fax: 030-448 15 90 • Redaktion: Regine Auster, Hermann Behrens • V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Hermann Behrens, Am Blumenanger 13, 17039 Neuendorf • Druck: Verein zur Förderung von Arbeit, Forschung und Bildung • Auflage: 1.000 • Erscheinungsweise: ca. 1-2 x/Jahr • Nachdruck: Kleinere Auszüge mit Quellenangabe, größere Auszüge nach Rücksprache mit der Redaktion oder dem/der jeweiligen Autor/ in • Die Redaktion lädt zur Mitarbeit ein. • Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Titelfoto: Zuppke

In eigener Sache:

Die Selbstkosten für „Studienarchiv Umweltgeschichte“ betragen je Exemplar 4 DM einschließlich Porto.

Spenden zur Unterstützung von Herstellung und Versand sind herzlich willkommen!

Bitte einzahlen unter dem Stichwort „Studienarchiv-Mitteilungen“ auf Konto Nr. 00335 208 52 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00. Das IUGR e.V. ist berechtigt, Spendenquittungen auszustellen.

Naturschutztreffen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern

In drei Bundesländern fanden 1997 Treffen von ehemaligen Naturschutzbeauftragten bzw. Naturschutz Helfern und von heute noch in verantwortlicher Funktion tätigen Naturschützern statt.

In Thüringen lud zu einem solchen Treffen die Thüringer Landesanstalt für Umwelt (TLU) ein. Dort ging die Einladung an die ehemaligen Naturschutz Helfer, die großen Naturschutzvereine, die Forstämter und Naturschutzbehörden. Etwa 40 Gäste waren gekommen, unter ihnen viele, die bis 1990 als ehrenamtliche Naturschutz Helfer arbeiteten. Sieben Referenten befaßten sich mit dem Schwerpunktthema der Veranstaltung: der Geschichte des Naturschutzes in Thüringen und allgemein in Ostdeutschland.

Dr. Rainer Haupt (TLU) begründete in seinem einleitenden Beitrag die Bedeutung des Themas u.a. damit, daß es gelte, positive Erfahrungen, z.B. mit dem Naturschutz Helferwesen vor der „Wende“, zu bewahren. Dr. Walter Hiekel (TLU) gab anschließend einen Überblick über die bewegte Geschichte des Naturschutzes in Thüringen seit dem Kriegsende und legte dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Jena des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN), die er bis 1990 leitete. Dr. Hermann Behrens (IUGR e.V. - Berlin) stellte die Idee und die Aktivitäten des Studienarchivs Umweltgeschichte vor, in dem gerade die Zeugnisse ehrenamtlicher Naturschutz Tätigkeit gesammelt werden.

Daß der Naturschutz der DDR zu einem erheblichen Teil auf den Schultern der „Ehrenamtlichen“ lag, wurde auch in den übrigen Referaten deutlich, die sich der regionalen und lokalen Ebene des Naturschutzes widmeten: Wolfgang Schrödter (Nordhausen) berichtete unter dem Motto „Aus der Zeit der Berufung in die des Berufes“ und „die Naturschutzreferenten kommen und gehen, die Naturschutzbeauftragten bleiben“ aus seiner Zeit als Beauftragter für Naturschutz im Kreis Nordhausen. Als wichtige Mitstreiter dort stellte er die Landschaftsgärtner Steinig und Schaetzle, die Förster Mahler und Fritze und den Lehrer Menge vor. Manfred Uhlig gab einen Überblick über die Naturschutzarbeit in den ehemaligen Bezirksbehörden am Beispiel des Bezirkes Suhl. Auch in diesem Beitrag wurde sehr deutlich, wie sehr der Naturschutz von dem Engagement der Ehrenamtlichen abhängig war, denn lange Zeit war nur auf Bezirksebene ein hauptamtlicher Mitarbeiter für den Naturschutz vorhanden, ansonsten nur ehrenamtliche. Wolfgang Heinicke (Gera) referierte dann über den Kulturbund und seinen Beitrag zum Naturschutz in Thüringen und Eduard Fritze (Wachstedt) über die Aufgaben und Tätigkeiten der Schutzgebiets-

betreuer im Kreis Worbis. Fritze unterteilte die dortige Geschichte des Naturschutzes in den Zeitraum des aktiven Naturschutzes (1954-1970), die Zeit des Kampfes, des Rückzugs und der vielen Niederlagen (1971-1989) und die Zeit der Hoffnung und Enttäuschung (1990 - ?). Wichtige Mitspieler aus der ersten Phase waren für ihn der Oberforstmeister Elmer als Mitbegründer der Station Junger Naturforscher und Ellrich als ehrenamtlicher Naturschutzhelfer. Vorbilder für den ehrenamtlichen Naturschutz waren im Kreis Worbis Prof. Fr. Neureuther und Dr. Müller, die in den 20er und 30er Jahren maßgeblich Naturschutz und Heimatpflege prägten. In der Zeit von 1971 bis 1989 sei der Naturschutz immer mehr als zweitrangige Aufgabe betrachtet worden. Als Beispiele dafür nannte er das ungenehmigte Bauen in Schutzgebieten oder sensiblen Landschaftsteilen, die 1975 vollzogene Zuordnung des Naturschutzes zur Landwirtschaft und Jagd, die chemische Grabenberäumung („meine schlimmste Erfahrung“), die Schönfärberei auf den Landschaftstagen.

In der Diskussion wurde nicht nur angeregt, die Kontakte wieder zu knüpfen und mit weiteren Treffen zu verstetigen, sondern auch, die Geschichtsarbeit zu intensivieren. Seitens der TLU wurde angekündigt, die Ergebnisse dieses ersten Geschichtsseminars nach der „Wende“ zu veröffentlichen.

In Sachsen-Anhalt hatte das Nationalparkamt Hochharz zu einem zweitägigen „Traditionstreffen“ unter dem Motto „Naturschutz im Wandel“ eingeladen. Der erste Tag war wie in Thüringen Referaten vorbehalten, in denen Kontinuität und Wandel der Naturschutzarbeit in Sachsen-Anhalt bzw. den früheren Bezirken Halle und Magdeburg dargestellt wurde. P. Gaffert begrüßte die etwa 30 Gäste, unter ihnen ebenfalls viele ehrenamtliche Naturschutzhelfer, seitens der Nationalparkverwaltung. Prof. Dr. Hugo Weinitschke skizzierte die Entwicklung des ehrenamtlichen Naturschutzes von den Natur- und Heimatfreunden über die Gesellschaft für Natur und Umwelt bis hin zu den heutigen Naturschutzverbänden. Dr. Uwe Wegener, Leiter des Referates Naturschutz und Forschung in der Nationalparkverwaltung und Stellvertreter des Leiters des Nationalparkamtes, stellte die Entwicklung des Nationalparkes Hochharz dar, der aus dem Naturschutzgebiet Oberharz hervorging. Er hob den Anteil zahlreicher (ehrenamtlicher) Naturschützer an der Entwicklung hervor, insbesondere erwähnte er hier Heinz Quitt, der auch anwesend war. Im Oktober 1989 waren im Zuge des Nationalparkprogramms der DDR im Hochharz schließlich etwa 7000 ha durch die damalige Bezirksverwaltung einstweilig gesichert worden. Mittlerweile umfaßt der Nationalpark, dessen Flächen sowohl in Niedersachsen als auch in Sachsen-Anhalt liegen, etwa 23.000 ha, davon 18.000 ha Forst. Dr. Christoph Kaatz, „Storchenvater“ aus Loburg, analysierte die Gründe für die Zunahme der Storchpopulation in den neuen Bundesländern in den Jahren 1991-1996. Er sah einen Grund in klimatisch günstigen Bedingungen in Afrika, die zu einer guten Ernährung der Tiere auf ihren Zugwegen führten, ferner hätten Zuzüge aus Spanien

und den GUS-Ländern sowie aus Polen und schließlich die langjährigen Schutzbestrebungen hierzulande das Wachstum der Storchpopulation begünstigt. Für 1997 kündigte er allerdings eher eine negative Populationsentwicklung an und führte diese insbesondere auf die Witterungsbedingungen zurück. Sorgen bereiten den Storchenschützern allerdings auch Trends in der Landnutzung (Brachflächenentwicklung; Feldfutterbau usw.).

Dr. Lutz Reichhoff skizzierte zum einen die Auflösung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) in Halle und der Arbeitsgruppe Dessau des ILN, zum anderen die Arbeit des von ihm geführten privaten Landschaftsplanungs-Büros in Dessau. Als sich in der Zeit der „Wende“ die Vereinigung der beiden deutschen Staaten abzeichnete, war es das Ziel der ILN-Verantwortlichen, das Institut an die damalige Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege, das heutige Bundesamt für Naturschutz, als „Außenstelle“ heranzuführen. 35 Arbeitsplätze waren seinerzeit vorgesehen. Dies gelang jedoch nicht. Daher entschloß sich Reichhoff bereits im Dezember 1990, ein eigenes Büro zu gründen und nahm einige bewährte Mitarbeiter mit. Ende 1995 arbeiteten aufgrund des vereinigungsbedingten „Booms“ ca. 60 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in dem Büro, 1997 war ihre Zahl allerdings auf etwa 40 zurückgegangen. Kritisch wertete er die Ausweisung und Pflege der Naturschutzgebiete. Die Kriterien für die Ausweisung von Naturschutzgebieten seien weicher als seinerzeit in der DDR, der heutige Naturschutz sei vorwiegend „Verwaltungs-“ statt „Handlungs-“ Naturschutz, auf die Entwicklung in den Naturschutzgebieten selbst werde wenig Einfluß genommen. Eine neue Erfahrung seien für ihn die Probleme, die sich für die Landschaftsplanung aus dem föderalen System der Bundesrepublik ergäben. Als Beispiel nannte er den Kartierschlüssel im Rahmen der Biotypen- und Nutzungstypenkartierung, der von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sei (vgl. hierzu das Info).

Dr. Joachim Müller, stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Naturschutz im Umweltministerium des Landes, gab einen Überblick über die Schwerpunkte der Naturschutzarbeit aus der Sicht des Ministeriums. Er setzte sich u.a. mit den Argumenten von Gegnern der Naturschutzgebietspolitik des Landes auseinander. Allein die Ausweisung von Gewerbegebieten seit 1990 umfasse 19.000 ha, während die Gesamtfläche der unter Naturschutz stehenden Gebiete lediglich 31.000 ha betrage. In Mecklenburg-Vorpommern wurde ein „Treffen von im Naturschutz Tätigen von gestern und heute“ gemeinsam vom Landesnationalparkamt (Dr. Lebrecht Jeschke), der Fachhochschule Neubrandenburg (Fachbereich Agrarwirtschaft und Landespflege) und dem IUGR e.V. veranstaltet. Zu den Initiatoren gehörte auch der ehemalige Bezirksnaturschutzbeauftragte Horst Ruthenberg. Prof. Dr. Axel Poehls konnte etwa 40 Gäste, überwiegend ehemalige Naturschutzbeauftragte und -helfer begrüßen und stellte den Fachbereich Agrarwirtschaft und Landespflege der Fach-

hochschule Neubrandenburg vor, der 1992 begründet wurde und mittlerweile im Studiengang Landespflege ca. 200 Studierende ausbildet.

Dr. Horst Zimmermann, Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz Mecklenburg-Vorpommerns sah insbesondere hinsichtlich der Personalausstattung eine verbesserte Situation des Naturschutzes in Mecklenburg-Vorpommern seit der „Wende“. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ruhte der Naturschutz bis zur „Wende“ überwiegend auf den Schultern von Ehrenamtlichen. Es gab zwischen 3-8 hauptberuflich in den Naturschutzverwaltungen Tätige und ca. 800 Naturschutzhelfer, davon 29 hauptamtliche. Der Etat umfaßte durchschnittlich 70.000 Mark der DDR. Heute liegt der Etat bei 35 Mio DM jährlich (15 Mio vom Bundesland, 20 Mio von der EU). Es gibt ca. 580 hauptamtlich Beschäftigte im Naturschutz, 112 davon in kommunalen Umweltämtern und 78 in den Staatlichen Umweltämtern. Die Naturschutzstationen als wichtige Einrichtungen in der DDR seien „alle weg“, die Arbeit, die damals unter dem Dach der Naturschutzstationen gelaufen sei, sei nun Sache der Naturschutzverbände. Kritisch wurde in der Diskussion angemerkt, daß nun zwar die „Hauptamtlichen“ weitaus zahlreicher seien, die ehrenamtliche Arbeit aber vielerorts stark zurückgegangen sei.



Naturschutztreffen Mecklenburg-Vorpommern an der Fachhochschule Neubrandenburg
Oktober 1997, Foto: Auster

Dr. Lebrecht Jeschke, Nationalparkamt Mecklenburg-Vorpommern, schilderte anhand seiner persönlichen Erlebnisse die Entwicklung des Naturschutzgebietes „Ost- ufer der Müritz“ und des LSG „Feldberger Seenlandschaft“ zum Nationalpark Müritz. Horst Ruthenberg, ehem. BNB Neubrandenburg führte mit seinem Beitrag: 60 Jahre Naturschutzgebiet: Entwicklung und aktuelle Situation am Beispiel des Naturschutzgebietes „Nonnenhof“ in die Exkursion zum NSG „Nonnenhof“ ein. Dort konnten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen den Gänseeinflaß an diesem bedeutenden Rastplatz für Wildgänse beobachten. Dr. Heinrich Wollert sprach am nächsten Tag zur Entwicklung der geobotanischen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern nach der „Wende“. Die Kurzfassung dieses Referates ist im vorliegenden Heft abgedruckt. Dr. Werner Eichstädt stellte schließlich die Arbeit der Ornithologen in Mecklenburg-Vorpommern nach der „Wende“ dar und legte hier einen Schwerpunkt auf die organisatorische Entwicklung. Nach dem Zerfall der GNU und Ansätzen für eine Gründung einer eigenständigen ornithologischen Gesellschaft in der DDR wandten sich die mecklenburg-vorpommerschen Ornithologen zunächst dem Naturschutzbund der DDR/ Deutschlands (NABU) zu, um sich dann aber als selbständige Vereinigung unter dem Namen Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V. zu gründen. Die inhaltliche Arbeit konnte wie bei den Geobotanikern mit zahlreichen Mitgliedern, auch vielen jüngeren, fortgeführt werden, wengleich z.T. mit anderen, aktuellen Anforderungen geschuldeten Akzenten (u.a. Zuarbeit zu Unterschutzstellungen usw.).

In Mecklenburg-Vorpommern sind nunmehr jährlich Treffen von gestern und heute im Naturschutz Aktiven vorgesehen, immer zu einem aktuellen Thema, um die Kontakte und den Zusammenhalt derer, die heute in ganz verschiedenen Verbänden und Vereinen tätig sind, zu fördern.

Auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konnte das IUGR e.V. die Idee und die Arbeitsweise des Studienarchivs Umweltgeschichte darstellen. In Mecklenburg-Vorpommern war das IUGR e.V. nicht nur durch ein Referat, sondern auch mit einer kleinen Arbeitsausstellung und einem Büchertisch vertreten, beides wurde von Regine Auster organisiert.

Hermann Behrens

Info: Biotoptypen- und Nutzungstypenkartierung¹

Unmittelbar nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schlug die seinerzeit in der DDR bestehende Arbeitsgemeinschaft Naturschutz der Landesanstalten bzw. -ämter für Naturschutz und Landschaftspflege und des noch bestehenden ILN - Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz die Verwendung und Auswertung von Colorinfrarot (CIR) - Luftbildern vor, um kurzfristig landesweit flächendeckende Informationen über das gesamte Landschaftsinventar zu erhalten. Diese sollten sowohl für die Fachplanungen des Naturschutzes als auch für die Beurteilung von Eingriffen in Natur und Landschaft durch infrastrukturelle Maßnahmen wie z.B. Verkehrswegebau, Flumeuordnung, Wohnungsbau, Ansiedlung von Gewerbe und Industrie zur Verfügung gestellt werden können. Daraufhin wurden von den Bundesländern eigenständige CIR-Bildflüge durchgeführt. Die neuen Bundesländer sind Anfang der 90er Jahre flächendeckend befliegen und fotografiert worden.

Die Arbeitsgemeinschaft empfahl damals auch, diese Luftbilder nach bundesweit einheitlichen Kriterien durchzuführen. Dazu richtete die Arbeitsgemeinschaft im Mai 1991 den Arbeitskreis „CIR-Bildflüge“ ein, der den Auftrag erhielt, die Bildflüge in ihrer Qualität zu koordinieren und einen bundesweit einheitlichen Kartierschlüssel zu erarbeiten. Innerhalb von zwei Jahren erarbeitete der Arbeitskreis die „Systematik der Biotoptypen und Nutzungstypen für die CIR-Luftbild-gestützte Biotoptypen- und Nutzungstypenkartierung für die Bundesrepublik Deutschland“, d.h. einen einheitlichen Biotop- und Nutzungstypenschlüssel. Mit der Erfassung der besonders zu schützenden Biotope nach §20 c BNatSchG und der entsprechenden Landesgesetze erhielt die CIR-Luftbild-gestützte Biotoptypen- und Nutzungstypenkartierung eine weitere Dimension. Die Kartiereinheiten sind hierarchisch geordnet, codiert und mit exakten Definitionen versehen. Die Verwendung der Codes für die einzelnen Biotoptypen und Nutzungstypen ermöglicht zum einen eine problemlose Übernahme dieser Kartierungen in das jeweilige Landschaftsinformationssystem (LANIS) der einzelnen Bundesländer und des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Zum anderen werden die Voraussetzungen geschaffen, um die im LANIS digital vorliegenden Informationen des Biotoptypen- und Nutzungstypenkatasters mit dem Auto-

¹ vgl. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Systematik der Biotoptypen und Nutzungstypenkartierung (Kartieranleitung). - Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 45. - Bonn-Bad Godesberg 1995

matisierten Liegenschaftskataster (ALK) und dem Amtlich-Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsämter zu verschneiden und zu einem landesweit einheitlichen Raumbezug herauszustellen, der die Aufnahme dieser Flächen in ein digitales Naturschutzbuch erst rationell zuläßt. Es besteht auch eine Kompatibilität zur Systematik des Statistischen Bodeninformationssystems (STABIS) des Statistischen Bundesamtes. Das BfN prüft derzeit die Kompatibilität zu dem europäischen Informationssystem CORINE LAND COVER.

Die wesentliche Informationsbasis des Biotoptypen- und Nutzungstypen-Katasters bilden CIR-Luftbilder im Maßstab 1 : 10.000. Die Kartiereinheiten sind auf diesen Maßstab abgestimmt. Ihre hierarchische Ordnung gewährleistet je nach Erfordernis der verschiedenen Planungsebenen verschiedene Detaillierungsgrade.

Der Bild-Maßstab 1:10000 hat sich für die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, aber auch für die anderer im Raume planender Einrichtungen vom Preis-Leistungs-Verhältnis her als zweckmäßig erwiesen. Kleinere Maßstäbe schränken die Effizienz einer Luftbildinterpretation erheblich ein. Bereits der jetzige Maßstab birgt Probleme, da sehr kleindimensionierte, aber schützenswerte Landschaftsbestandteile (z.B. Sölle) nicht mehr in die Kartierung aufgenommen werden können.

Der Schlüssel der einzelnen Kartiereinheiten enthält neben einer typischen CIR-Luftbild-Ausschnittvergrößerung eine „funktionsgerechte“ Definition der Obereinheit, eine Aufzählung möglicher Untereinheiten/ Pflanzengesellschaften, eine Auflistung von hier charakteristischen Pflanzenarten und Hinweise auf besondere Schutzkategorien nach den Naturschutzgesetzen des Bundes und der Länder, ggf. nach EU-Richtlinien.

Ein generelles Problem ist, daß die Befliegungen aufgrund des nutzungsbedingten Landschaftswandels (Nutzungsaufgabe, Nutzungswandel) regelmäßig wiederholt werden müßten (ca. alle 5 Jahre), was den Ländern derzeit aufgrund der Finanzierungsprobleme kaum möglich sein dürfte.

„Gesellschaftliche Tätigkeit“ im Wandel - Das Beispiel Natur- und Umweltschutz

1997 führte das Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft QUEM eine Studie zur Situation der ehrenamtlichen Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz in den neuen Bundesländern durch. Ziel war, die Situation in diesem Bereich zu analysieren und Gründe für den offensichtlichen Rückgang ehrenamtlichen Engagements herauszufinden. Untersucht wurden Motivationen für ehrenamtliche Natur- und Umweltschutzarbeit und die Rolle von „Vorbildern“.

„Ehrenamtliche“ oder - wie sie in der DDR hieß - „gesellschaftliche“ Tätigkeit als Bestandteil regionaler Gesamtarbeit ist im herkömmlichen Verständnis dadurch gekennzeichnet, daß sie gebrauchswertorientiert, freiwillig und unentgeltlich, das heißt nicht erwerbsorientiert durchgeführt wird. Unterstellt wird, daß Menschen, die ehrenamtlich tätig werden, dies in sozialer Verantwortung für ihr Gemeinwesen, aus sozialen Motiven, aus Interesse oder Neigung tun.² Die Handelnden sind entweder ihrer beruflichen Tätigkeit wegen zusätzlich aktiv. Häufig sind es aber auch (zunächst) Laien, die sich Wissen in dem von ihnen gewählten Tätigkeitsfeld selbsttätig aneignen, dann aber meistens zu ausgesprochenen „Experten/innen aus Leidenschaft“ werden. Dieser Lernprozeß verläuft allerdings sehr widersprüchlich, ein Problem, das auch in der vorliegenden Studie diskutiert wird.

Ehrenamtliche Tätigkeit spielt in der Bundesrepublik (und spielte in der DDR) traditionell eine bedeutende Rolle für die Entwicklung und Stabilisierung sozialer Strukturen, insbesondere „vor Ort“, auf kommunaler Ebene. Insofern ist sie ein wesentliches Element für die Erhaltung und Entwicklung regionaler Infrastruktur, regionaler Identität im Sinne regionalen Selbstbewußtseins und regionaler Selbstentwicklung.

Die moderne Umweltbewegung war ursprünglich aus der Bürgerinitiativbewegung der 70er Jahre entstanden, die als eine zunächst auf Konfrontation mit der staatlichen Umweltpolitik angelegte Bewegung gekennzeichnet werden kann. Die Entwicklung des Vereins- und Verbändewesens im Natur- und Umweltschutz seit dem Aufstieg der Umweltpolitik zu einem staatlichen Politikfeld in den siebziger Jahren zeigt, daß dieser Politikbereich mittlerweile zu denen gehört, die auf millionenfaches ehrenamtliches Interesse stoßen. Mehr als 4 Millionen Menschen sind derzeit Mitglieder lokaler, regionaler oder bundesweiter Umwelt- und Naturschutzorganisationen.

² vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/5674 vom 1.10.1996: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der F.D.P. zur „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“, S. 2



Pflege von Schutzgebieten - ein wichtiger Bereich der Naturschutzarbeit, Foto: NABU/KV „Havelland“

Die Qualität der „Umwelt“, d.h. der Umweltmedien Boden, Wasser, Luft, Ruhe, Natur und Umwelt, gehört nach neoklassischem Verständnis zu den „weichen“ Standortfaktoren, die bei Investitions- und Standortentscheidungen von Unternehmen, aber auch bei Entscheidungen über die Wahl des Wohn- und Erholungsortes eine zunehmende Rolle spielt. Die Natur- und Umweltschützer/innen tragen, ob ehrenamtlich oder beruflich tätig, dazu bei, den „weichen“ Standortfaktor „Umwelt“ zu erhalten oder zu entwickeln. Ihr seit Beginn staatlicher Umweltpolitik Anfang der 70er Jahre wachsender Beitrag zur „Modernisierung“ der Industriegesellschaft der Bundesrepublik ist mittlerweile unumstritten. Ein **Beitrag besteht** zum einen in schwer quantifizierbaren **materiellen Werten**, die durch die Erhaltung oder Entwicklung von Lebensräumen bzw. Ökosystemen entstehen. Ein **weiterer Beitrag** besteht insbesondere auch darin, daß mit ihrer Hilfe **demokratische und umweltethische Lernprozesse** in der Gesellschaft in Gang gekommen sind, die „zu einer gesellschaftsweiten Übereinkunft darüber geführt (haben), daß der industriegesellschaftliche Rückgriff auf ökologische Ressourcen nicht länger am Prinzip der Vernutzung, sondern statt dessen am Prinzip der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ orientiert werden muß“,³ auch wenn diese Übereinkunft sich bisher kaum in praktischen Umsetzungsschritten niedergeschlagen hat.

³ vgl. Hengsbach, F. et al.: Die Rolle der Umweltverbände in den demokratischen und umweltethischen Lernprozessen der Gesellschaft. - Materialien zur Umweltforschung, herausgegeben vom Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Band 25, Stuttgart, 1996

Ihre modernisierende Rolle ist den einzelnen Natur- und Umweltschützer/innen allerdings in der Regel gar nicht bewußt, weil sie ihnen nicht wichtig ist und „Modernisierung“ auch ein abstrakter Begriff ist, der in seinen Facetten nicht auf die individuelle Handlungsebene bezogen werden kann. Die modernisierende Rolle wird den einzelnen Natur- und Umweltschützer/innen von ihren jeweiligen „Kontrahenten“, die ihnen im Abwägungsprozeß über Nutzungskonflikte gegenüberstehen, häufig auch abgesprochen. Die „grünen Spinner“ gelten nach wie vor als Bremser des „Fortschritts“. Die „modernisierende“ Rolle ist jedoch „objektiv“ vorhanden.

Die Verbände und Vereine und damit die einzelnen Mitglieder sind nicht nur an der „Modernisierung“ beteiligt, sondern unterliegen ihr selbst. Die achtziger Jahre waren für die Natur- und Umweltschutzverbände und -vereine in der „alten“ BRD gekennzeichnet durch den Wandel ihres Selbstverständnisses von der Konfrontation zur Kooperation (Lobbyarbeit), durch eine Zunahme der Bedeutung von Fördermitteln und insgesamt den Zwang zur Professionalisierung der Arbeit, durch zunehmende Bürokratisierung, aber auch Hierarchisierung und Zentralisierung der Arbeit.

In der DDR waren die ehrenamtlichen Natur- und Umweltschützer/innen überwiegend in der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund organisiert oder in Umweltgruppen unter dem Dach der evangelischen Landeskirchen. Die etwa 80 Umweltgruppen unter dem Dach der Kirche hatten ca. 800 Mitglieder. In der GNU waren bis zur „Wende“ rund 60.000 Mitglieder. Sie arbeiteten mit finanzieller und materieller Unterstützung des Kulturbundes in Fachgruppen für Naturschutz, Denkmalpflege, Botanik, Geologie, Wegemarkierung, Dendrologie und Parkgestaltung, Ornithologie, Entomologie, Mykologie, Feldherpetologie, Stadtökologie.

In den neuen Bundesländern ist eine „nachholende Entwicklung“ zu beobachten: Erst durch die „Wende“ wurden die meisten Naturschutz- und Umweltgruppen in den „Modernisierungs“-Prozeß geworfen. Der Politisierungsprozeß und die zunehmend „härtere“ Auseinandersetzung um Natur- und Umweltschutzbelange erhöhte tendenziell den Professionalisierungsdruck auf die Natur- und Umweltschützer/innen.

Der ehrenamtliche Natur- und Umweltschutz scheint seit der „Wende“ **besonders in den neuen Bundesländern** generell in einer außerordentlich schwierigen Situation zu sein. Die überörtlich wirkenden (regionalen und überregionalen) Umweltverbände haben heute relativ wenige Mitglieder: Naturschutzbund Deutschland (NABU): etwa 10.000 Mitglieder; Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND): etwa 2.000; GRÜNE LIGA: schätzungsweise 2.000. Die Zahlen allein sagen zudem nichts darüber aus, wie viele der Mitglieder aktiv sind.

Deutlich wurde, z.B. in einer Befragung zur Naturschutzarbeit im ehemaligen Bezirk Halle, daß die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit bis zur Vereinigung

der beiden deutschen Staaten - damals im Kulturbund, in der GNU-Gesellschaft für Natur und Umwelt bzw. in der Kirche deutlich höher gewesen ist und danach deutlich abnahm. Die meisten der Befragten, die noch nach der „Wende“ ehrenamtlich aktiv blieben, arbeiteten nun auf lokaler Ebene in lokalen Vereinen. Naheliegender ist, die Gründe dafür in der Veränderung der „gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“ zu sehen. Hier sind insbesondere **zwei Aspekte** zu nennen:

1. der Wandel des Selbstverständnisses der Natur- und Umweltschutzvereine und -verbände bzw. der „**Modernisierungs-** bzw. **Professionalisierungszwang** und seine Verarbeitung durch die Individuen; in der unterschiedlichen individuellen Verarbeitung des „Modernisierungs“-Drucks könnte ein Grund für die Krise der Umweltbewegung und die abnehmende Bereitschaft zum aktiv ausübten Ehrenamt bestehen. Ein wesentlicher Teilaspekt ist hier das Problem der teilweisen „Inwertsetzung“ bisher ehrenamtlicher Tätigkeit auf dem Wege von ABM und anderen geförderten Arbeitsplätzen und damit die Verknüpfung der Motivationsentwicklung mit „Geld“;
2. die **Transformationsprobleme** im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, z.B. Überbelastung in den neuen Jobs, soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Sorge um den Arbeitsplatz; der Wegfall und die Neustrukturierung sozialer und institutioneller Zusammenhänge (Zusammenbruch DDR-spezifischer Netzwerke), mentale Probleme im Zuge der Transformation der DDR-Gesellschaft und ihres Grundwerte-Systems (Umbewertung der Biographien der Individuen, Zwang zur Selbstthematisierung, Rollenveränderung in der Sozialhierarchie).

In der vorliegenden Vorstudie wurden diese Zusammenhänge nach Maßgabe eines eingeschränkten Zeit- und Analyserahmens auf der Grundlage einer Befragung ausgewählter Personen thematisiert.

Das Projekt hatte zum Ziel,

- herauszufinden, ob die möglichen Ursachen für „Motivationsverluste“ zutreffen bzw. ob sich aus der Analyse der Vermutungen erweiterte Fragestellungen stellen;
- Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement „gestern - heute - morgen“ zu problematisieren;
- Möglichkeiten zur „Abhilfe“ zu diskutieren, unter besonderer Berücksichtigung von Lernprozessen;
- die Rolle von „Vorbildern“ zu problematisieren.

Die Befragung machte deutlich, daß ehrenamtliche Arbeit im Natur- und Umweltschutz die Kompetenz der Befragten förderte bzw. hohe Anforderungen an die Qualifikation und Kompetenzentwicklung stellt:

Wesentliche Aspekte sind dabei:

- Aneignung von Fachkompetenz - spezielles Wissen für die Natur- und Umweltschütztätigkeit, z.B. Artenkenntnisse, Rechts- und Verwaltungskennnisse;
- Organisationserfahrungen;
- strategisches und taktisches Geschick, Verhandlungsgeschick; Auseinandersetzungsfähigkeit;
- Leitungserfahrungen, Verwaltungswissen;
- Soziale Kompetenz - Erfahrungen im Umgang mit Menschen;
- Informations- und Kommunikationstechniken;
- Politische Kompetenzen - Umgang mit Institutionen und Verwaltungen;
- Mobilität und Flexibilität und hohe Belastbarkeit.

Für den Rückgang des ehrenamtlichen Engagements seit 1990 sind u.a. folgende Gründe zu nennen:

- **Das Verhältnis zwischen haupt- und ehrenamtlichen Naturschutz.** Ein Teil der ehemals Ehrenamtlichen ist heute hauptberuflich im Natur- und Umweltschutz tätig. Mit dem Ausbau der Natur- und Umweltschutzverwaltung gingen teilweise Tätigkeitsfelder des ehrenamtlichen Naturschutzes verloren.
- **Bürokratie und indirekte Inwertsetzung ehrenamtlicher Tätigkeit.** Für Ostdeutsche neu ist eine teilweise starke „Verbürokratisierung“ der ehrenamtlichen Arbeit⁴, die indirekte Inwertsetzung durch Gebühren, Kosten für ehrenamtliche Tätigkeiten u.ä.
- **Direkte Inwertsetzung bisheriger ehrenamtlicher Tätigkeit und das Gefühl, ausgebeutet zu werden.** Frühere ehrenamtliche Arbeit wird dort, wo eine Nachfrage besteht, durch marktorientierte Dienstleister ersetzt wird. Ehrenamtlich erarbeitete Ergebnisse, z.B. Bestandserfassungen und Kartierungen, wurden nach 1990 vielfach durch Planungsbüros „abgezogen“ und vermarktet. Die Ehrenamtlichen gingen im wesentlichen „leer“ aus. Diese „Inwertsetzung“ ehrenamtlich erzielter Arbeitsergebnisse des Naturschutzes, die im Osten unbekannt war, hat sicherlich Einfluß auf die Motivation, ehrenamtlich tätig zu bleiben und mit privaten oder öffentlichen Partnern zu kooperieren.
- **Inwertsetzung ehrenamtlicher Tätigkeit durch ABM.** Die Verbände, seit 1990 Träger des „Organisationsgerüsts“ für ehrenamtliche Natur- und Umweltschutzarbeit, stehen in den neuen Bundesländern vor einer schwierigen Situation. Geringe Mitgliederzahlen und damit fehlende Finanzen auf der einen Seite - die Erwartungen langjährig tätiger Ehrenamtlicher an die Verbände, die ehrenamtliche Arbeit wie zu DDR-Zeiten organisatorisch und finanziell abzudecken, auf der anderen. Hier blieb vielfach als einziger Ausweg die Beschäftigung von hauptamtlichen ABM-Angestellten, um die Tätigkeit der Verei-

ne bzw. die Ansprüche der Mitglieder überhaupt abdecken zu können. Dies führt(e) jedoch z.T. zu Konflikten mit den ehrenamtlichen Verbandsmitgliedern, da die Tätigkeitsfelder bisheriger ehrenamtlicher Naturschutzarbeit, die Wünsche der Vereinsverantwortlichen und die Tätigkeiten der hauptamtlichen ABM-Angestellten sich häufig nicht decken. Ohne das Mittel ABM wären aber viele Verbände nicht in der Lage, überhaupt die Verbandstätigkeit aufrecht zu erhalten.

- **Institutionelle Förderung.** In allen Bundesländern wird die Verbandstätigkeit der nach §29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Umweltverbände institutionell gefördert. Die institutionelle Förderung ist daran gebunden, sich an §29-Verfahren zu beteiligen, d.h. Stellungnahmen zu natur- und umweltschutzrelevanten Eingriffen abzugeben. Dies erfordert einen hohen personellen Einsatz und eine ausreichende Qualifikation und ist im allgemeinen ehrenamtlich nicht zu leisten. Die §29-Arbeit ist inzwischen vielfach ein Schwerpunkt der Verbandsarbeit und absorbiert Arbeitskraft, die zur Erfüllung anderer Bedürfnisse der Mitgliedschaft nicht mehr verfügbar ist. Außerdem differenziert sie die Mitgliedschaft in Kundige und Unkundige.
- **Kinder- und Jugendarbeit.** Als wichtiges Feld wurde die Kinder- und Jugendarbeit bewertet. In der DDR wurde Kinder- und Jugendarbeit im Naturschutz vor allem durch außerschulische Einrichtungen wie Stationen Junger Naturforscher und Techniker getragen. Diese Einrichtungen sind heute häufig nicht mehr existent. Die Verbände sind aus den oben beschriebenen Gründen nicht in der Lage, die Kinder- und Jugendarbeit in dem Umfang, wie sie vor 1989 bestand, weiterzuführen. Damit fehlt auch eine kontinuierliche Nachwuchsarbeit für die eigene Verbandstätigkeit.

Auf der anderen Seite gibt es seit 1990 eine Reihe neuer Bildungseinrichtungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Hier ist der Kern der Aktiven z.T. beruflich abgesichert. Um diese „Kristallisationspunkte“ herum wird ehrenamtliches Engagement weitergeführt oder neu entwickelt.

Die Ergebnisse der Vorstudie können aufgrund des begrenzten Kreises der Befragten keine Allgemeingültigkeit beanspruchen. Die Befragungsergebnisse lassen u.E. folgende Vermutungen zu:

- Der wahrscheinlich starke Rückgang des ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz ist in hohem Maße transformationsbedingt. Eine wesentliche Rolle spielen dabei neben sozialen auch mentale Probleme.
- Eine zweite wesentliche Rolle spielen Probleme der Altersstruktur des ostdeutschen ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzes: Gerade die für die Nachwuchsarbeit vor Ort wichtigen Schlüsselpersonen im Alter von 30-50 Jahren sind im Zuge der „Wende“ in die Administration oder Umweltpolitik gegangen und dort häufig bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gefordert. Die Umweltvereine und -verbände leiden insbesondere Mangel an Nachwuchs.

⁴ vgl. dazu auch den Beitrag „Plagewende“ von R. Giltschbach in diesem Heft

- Der Rückgang ist auch gekennzeichnet durch übergreifende gesellschaftliche Entwicklungen, die mit dem Begriff der „Modernisierung“ verknüpft sind und somit die Ehrenamtlichen in den alten und neuen Bundesländern gemeinsam treffen. Ein wesentliches Problem ist dabei der Prozeß der „Inwertsetzung“ ehrenamtlicher Tätigkeit, der direkt oder indirekt wirkt und den klassischen Begriff des Ehrenamtlichen generell infrage stellt. Die zunehmende Zweiteilung von Vereinsmitgliedschaften in einen wachsenden Anteil von Passiven und einen schrumpfenden Anteil von (z.T. hauptamtlichen) Aktiven deutet darauf hin, daß Qualifikationsanforderungen der „Lobbyarbeit“ oder §29-Arbeit nur von den Hauptamtlichen adäquat bewältigt werden können und von Mitgliedern, die eine enge Verbindung zwischen ehrenamtlicher und beruflicher Tätigkeit herstellen können.
- Ein Folgeproblem von ungünstiger Altersstruktur, Transformationsprozeß und „Modernisierung“ ist, daß sich klassische „Vorbilder“ kaum noch entwickeln können.

Wie weiter? Soll und kann ehrenamtliches Engagement in den neuen Bundesländern, das nicht nur eine Ersatzfunktion für ausbleibende staatliche oder kommunale Leistungen haben soll (Notlösung mit dem Selbsthilfeziel), sondern aus klassischen Motiven (ideelle, Hobby, etc.) entsteht, geweckt oder unterstützt oder stabilisiert werden? Wenn ja, wie kann dies geschehen? Abschließend sollen lediglich zwei Möglichkeiten bzw. Problemzusammenhänge angesprochen werden:

1. Aus unserer Sicht könnte es weiterführend sein, ehrenamtliche Tätigkeit unter funktionalen Gesichtspunkten und zusammen mit verschiedenen „Nutzern“ ehrenamtlicher Arbeit (die Ehrenamtlichen selbst, Verwaltung, Politik...) zu diskutieren, z.B. in Form von Symposien u.ä.
2. Wichtig erscheint uns auch, geeignete Ansätze für die aktive Aufarbeitung der Biographien von Ehrenamtlichen zu finden, um sich mit den mentalen Problemen auseinanderzusetzen, z.B. durch Initiierung und Unterstützung von Geschichtsarbeitskreisen, mit dem Ziel der Selbstverständigung und der Bewahrung tragfähiger Traditionen.

Regine Auster/Hermann Behrens

(Der Beitrag erschien im Bulletin 4/97 der Arbeitsgemeinschaft betriebliche Weiterbildungsforschung (QUEM), Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Arbeitsgemeinschaft QUEM. Die Studie ist als QUEM-Material 19 veröffentlicht und kann kostenlos bezogen werden bei: Arbeitsgemeinschaft QUEM; Storkower Str. 158; 10402 Berlin; Tel. 030/ 42187515; Fax 030/ 42187305

Plage-Wende

Vor der Wende war nichts besser, nur manches anders. Auch im Naturschutz. Finanzen knapper als knapp, staatlich besoldete Naturschützer nahezu so selten wie Fischadler. Im Kreis Eberswalde gab es lange Zeit nur einen halben, und der war für die Katz. Was blieb? Der Kreis berief ehrenamtliche Helfer. Die kosteten nichts, betreuten selbstlos Naturschutzgebiete, kümmerten sich um bedrohte Arten, hielten Vorträge, versuchten Sündern wider die geschützte Natur ins Gewissen zu reden.

Drei Naturschutzhelfer hatte der Kreis zum „Betreuerkollektiv des NSG Plagefenn“ berufen: Revierförster Reinhold Discher, Friedemann Gillert und mich. So oft wir Zeit fanden, waren wir im Plagefenn unterwegs. Stießen wir auf Verstöße gegen die Schutzbestimmungen, so machten wir „Eingaben“, sie abzuwehren. Amtliche Gewalt übten wir nicht aus. Unser Einfluß beschränkte sich auf die List unserer Beredsamkeit.

Die Wende kam und mit ihr das Biosphärenreservat „Schorfheide-Chorin“. Nun erhielt das Naturschutzgebiet Plagefenn - es besteht seit 1907 - einen höheren Schutzstatus zugebilligt: Die „Biosphäre“ erhob es zu einer ihrer „Kernzonen“. Seitdem darf das Plagefenn von niemandem mehr betreten werden, auch nicht vom Dreigespann des ehemaligen „Betreuerkollektivs“, es sei denn mit behördlicher Sondergenehmigung.

Am 10. September 1995 richtete Hannelore, meine Frau, an die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim eine „Bewerbung als ehrenamtlicher NSG-Betreuer“.

*Sehr geehrte MitarbeiterInnen,
hiermit erklären wir uns bereit, als ehrenamtliche Helfer die Betreuung des „NSG Plagefenn und Plagesee“ zu übernehmen.
Reimar Gilsenbach ist durch sein schriftstellerisches Werk mit dieser Landschaft eng verbunden. Er wohnt selbst in der Schutzzone II und hat über zwei Jahrzehnte hinweg sein Grundstück so bewirtschaftet, daß dort die höchstmögliche Artenvielfalt entstanden ist. Zu DDR-Zeiten war er bereits ehrenamtlicher Betreuer des NSG Plagefenn.*

Dr. Hannelore Kurth-Gilsenbach, Ehefrau von Reimar Gilsenbach, ist promovierte Biologin und hat kürzlich im Auftrage der PEP-Gruppe die Artenfassung des Grundstücks durchgeführt. Sie ist bereit, diese Arbeiten auf das gesamte Schutzgebiet auszudehnen.

Sie hat zu DDR-Zeiten als Kreistagsabgeordnete eine Naturschutzkonzeption und den Landschaftspflegeplan für das LSG „Choriner Endmoränenbogen“ auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit Prof. Succow hat sie damals auch den Erweiterungsantrag für das NSG Plagefenn formuliert und eingereicht.

Durch die örtliche Nähe zum Reservat und die fachlichen Voraussetzungen wäre eine optimale Betreuung gewährleistet.

Anderthalb Jahren bearbeitete die Untere Naturschutzbehörde unser Angebot. Keine Antwort, nichts geschah. Nach Naturschutz Helfern, die unentgeltlich tätig sein möchten, kräht kein Hahn mehr. Ihr Wissen, ihre Erfahrung, in Jahrzehnten erworben, gelten nichts mehr. Der amtliche Naturschutz ist in die Hände der Projektmacher geraten, der Manager, der beamteten BehördlerInnen.

Plage mit der Wende? Seid dynamisch Naturschützer, paßt Euch an! Hannelore und ich werden ein Projekt aushecken: „Erarbeitung ökologischer Prinzipien des Managements der Arachno-Fauna des Kernzonen-Bereichs des NSG 'Plagefenn'“. Oder so ähnlich. Projektkosten? Jährlich 6 Begehungen durch 2 Projektmitarbeiter: 150 h zu 75 DM je a = 11250 DM/a.

Hanne und ich sind die einzigen Bewohner des NSG „Plagefenn“. Jedenfalls der Art Homo sapiens. Ein Projekt machen, unter die Natur-Manager gehen, vor Ort, Schalenwild-Manager und Gänse-Manager gibt es schon längst, sogar Wolfs-Manager. Aber Spinnen-Manager? Innovationen sind gefragt. Unsere Chancen, so denke ich, stehen nicht schlecht.

Angehängt: Ende der Plage Wende

Arachno-Management im Plagefenn - als ich diese Projektidee in den Computer tippte, dachte ich eine Satire zu schreiben.

Knapp zwei Jahre nach unserer Anfrage ist sie eingetroffen, die Antwort der Unteren Naturschutzbehörde. Zwei Gründe stehen unserem Angebot, beim Naturschutz im Plagefenn helfend mitzuwirken, entgegen. Die Verwaltung des Biosphärenreservates darf unsere Mitarbeit nicht annehmen, da dafür allein die Untere Naturschutzbehörde zuständig ist. Die Untere Naturschutzbehörde dagegen lehnt unser Angebot ab. Im Behördenstil: Der Naturschutzbeirat hat die Entscheidung gefällt, „Die Betreuung des NSG „Plagesee/ Plagefenn“ ist bei der Naturwacht zu belassen“. Als ob wir uns je in die Kompetenz der Naturwacht hätten mischen wollen!

Außerhalb des Biosphärenreservates, so die Untere Naturschutzbehörde, gebe es ein „großes Defizit an ehrenamtlicher Naturschutzarbeit“; dort könnte sie uns als Naturschutzhelfer bestellen. Unser Hausgrundstück grenzt an den Kleinen Plagesee. Ich wohne hier seit 25 Jahren, lebe in und mit der Natur, sehe, wie sie sich verändert, eben weil sie geschützt ist. Wir führen seit langem Listen über Pflanzen und Tiere, die wir rings um unser Grundstück beobachten. Wir haben uns erboten, die Artenfassung auf das ganze Naturschutzgebiet auszudehnen, unentgeltlich - die untere Naturschutzbehörde lehnte ab.

Also gut, vergessen wir das, gehen wir auf den behördlichen Vorschlag ein. Aber wie? Unser Haus verkaufen, an den Rand eines Naturschutzgebietes ziehen, das außerhalb des Biosphärenreservates liegt? Neu anfangen, wieder 25 Jahre mit der Natur benachbart leben. Danach wäre ich 97. Kaum zu erwarten, daß Mutter Natur oder Gott oder die Untere Naturschutzbehörde mir die Gnade gewährt, dieses kom-

mende Vierteljahrhundert körperlich, geistig und seelisch ebenso fit durchzustehen wie das abgelauene, als ich in enger Fühlung mit dem Plagefenn lebte, sah, hörte, fühlte, nachdachte und - schrieb.

Einen Ausweg läßt die Untere Naturschutzbehörde offen. Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung sei berechtigt, eine Betretungsbefugnis für das Naturschutzgebiet Plagefenn zu erteilen. Aber wieso kommt uns die Befugnis zu, solch einen Antrag zu stellen? Da die untere Naturschutzbehörde es nicht für uns tut, tendiert unsere eigene Chance gegen Null. Das Instanzenuntrieb beißt sich in den Schwanz.

Die Natur sieht es gelassen. Wir auch. Selbst die pingeligste Behörde vermag keine Mauer aufzurichten, die Kranichruf und Eulenschrei abschirmt, wenn sie vom nahen Plagefenn her bis zu unserem Haus zu hören sind.

Reimar Gilsenbach

Zehn Jahre ehrenamtliche Naturschutzarbeit in Berlin-Hellersdorf

Die Wiege des ehrenamtlichen Naturschutzes in Hellersdorf stand vor allem in Marzahn. Aus der dortigen sehr aktiven Naturschutzhelfergruppe ging im Jahre 1986 die Hellersdorfer Gruppe hervor. Hellersdorf konnte somit vom ersten Tag an über eine starke leistungsfähige Naturschutzhelfergruppe, mit einem Naturschutzaktiv und einem Kreisnaturschutzbeauftragten, verfügen. Es war eine staatliche Gruppe, deren Mitglieder, die Naturschutzhelfer, berufen wurden. Um diesen Kern arbeiteten zeitweise bis zu 50 ehrenamtliche Helfer. Bis zur Wende war diese Gruppe der eigentliche Träger der Naturschutzarbeit in Hellersdorf, denn personell war dieser Bereich im Rat des Stadtbezirks nur ungenügend bzw. gar nicht abgesichert.

Monatliche Beratungen des Naturschutzaktivs mit dem zuständigen Stadtbezirksrat sorgten für die notwendige Abstimmung. Diese Beratungen waren oft sehr turbulent, manchmal erfreulich und manchmal mit deprimierenden Ergebnissen. Entscheidend aber war, daß es überhaupt eine Zusammenarbeit gab. An den Beratungen der Naturschutzhelfer selbst, die ebenfalls monatlich stattfanden, nahm oft ein Vertreter des Rates des Stadtbezirkes teil. Diese ganze Arbeit - alles nach Feierabend - war ehrenamtlich. Der Rat des Stadtbezirks trug alle Kosten für den Beratungsraum, Pflanzen, Werkzeuge, Arbeitsschutzbekleidung, Fototechnik, Bücher, Lehrgänge... ja sogar für eine Weihnachtsfeier mit Essen, Quiz und Prämierung guter Leistungen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit ergab sich weniger aus größeren staatlichen Planungen, sondern aus praktischen Notwendigkeiten. So erforderte vor allem das Baugeschehen im Bezirk die Ausweisung von Schutzgebieten für bedrohte Natur



Naturschutzhelfergruppe Hellersdorf mit dem Stadtbezirksrat vor Ort: Schutz des FND „Am Bachrain“, 1988, Foto: Mosel

räume. Im Vordergrund stand deshalb die Bestandserhebung der Naturobjekte, ihre Schutzzuweisung sowie deren Pflege und Betreuung.

Die aktivsten Naturschützer opferten ihre gesamte Freizeit dieser Tätigkeit, und freiwillige, unentgeltliche Arbeit von 500 und mehr Stunden im Jahr waren keine Seltenheit. Die Arbeit hat sich gelohnt. Nur ein Pfuhl konnten wir nicht erhalten. Er befand sich nach früheren Plänen genau am Standort des Hellersdorfer Rathauses. Der damalige Bürgermeister wollte das Rathaus unbedingt an dieser Stelle haben. Es gab einen sehr harten Schlagabtausch. Heute wird der Standort des „Schleichpfuhls“ mit dem Stadtteilzentrum überbaut.

Hellersdorf verfügt über 18 Flächennaturdenkmale, meist Pfuhle und Feuchtgebiete, und über 36 Naturdenkmale mit insgesamt 248 Bäumen. Überwiegend wurden diese Schutzzuweisungen aber bereits vor der Gründung des Stadtbezirks Hellersdorf ausgesprochen. Unterstützt wurde dieser Prozeß durch Kulturbrigaden, insbesondere durch Feldherpetologen.

Weitere große Aufgabenbereiche für die Naturschützer waren Gehölzanzpflanzungen und -pflege, Erarbeitung von Handlungsrichtlinien, Bestandsaufnahmen von Pflanzen und Tieren, Vermessung, Kartierungen, die Arbeiten an Schulen, Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr. Aus der großen Anzahl hervorragender Einzelleistungen seien nur wenige angeführt. In den Jahren 1985 und 1986 wurden mehrere Großsätze zum Pflanzen von Gehölzen an den Kaulsdorfer Seen organisiert. 80 bis 100 Helfer nahmen jeweils teil und brachten mehrere tausend Gehölze in die Erde. Bedauerlich, daß Wasserstandsschwankungen nur einen kleinen Teil am Nordostufer des Habermannssees überleben ließen. Hervorhebenswert ist auch die Vermessung der Flächennaturdenkmale und Feuchtgebiete in Marzahn und Hellersdorf in den Jahren 1985 bis 1990. Ein beruflich qualifizierter Standortkundler als Naturschutzhelfer vollbrachte dabei mit 38 weiteren Helfern eine enorme Leistung. Genannt werden sollen auch hier die 320 Dia-Vorträge in einem 25-jährigen Naturschutzhelferleben. Ja, vieles konnten wir erreichen, aber vieles auch nicht.

Vom Grunde her eine gute Sache, aber im Ergebnis recht deprimierend. So wird seit vier Jahren an Landschaftspflegeplänen gearbeitet, aber ein Abschluß ist nicht in Sicht. Vorstellungen von örtlichen Naturschützern finden kaum Beachtung. Gleichzeitig verarmen die Naturräume ökologisch immer mehr.

Deshalb gab es immer wieder Initiativen, die Wiederunterschützung der ehemals geschützten Objekte in Hellersdorf durchzusetzen. Ohne wesentlichen Erfolg. Sechs Jahre nach der „gesetzestechnischen Panne“ sind nur zwei ehemalige Flächennaturdenkmale erneut unter Schutz gestellt, dazu die Kaulsdorfer Seen als Landschaftsschutzgebiet. Nicht ein Baum genießt einen besonderen Schutz. 1993 und 1994 haben wir, um auf die Verantwortlichen für eine neue Schutzzuweisung Druck auszuüben, „Zustandsanalysen der ökologisch bedeutsamen Bereiche in Hellersdorf“ ausgearbeitet. Mit diesen Analysen wurde u.a. deren Zustand beschrieben sowie erforderliche Pflegemaßnahmen erarbeitet, um die Schutzwürdigkeit zu erhalten. Mit reichlicher Bilderdokumentation wurden die Analysen dem Bezirksamt, der Bezirksverordnetenversammlung, dem Senat und auch dem Naturschutzbund zugeleitet. Eine behördliche Reaktion gab es nicht.

Da sich ein Nebeneinander des staatlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes schon bald nach der Wende abzeichnete, hatten wir im ersten Halbjahr 1990 den Vorschlag für die Art und Weise der Zusammenarbeit erstellt und diesem dem Bezirksamt und auch dem Naturschutzbund vorgelegt. Die Behörde zeigte sich daran nicht interessiert, und der Naturschutzbund erwies sich als senatshörig. Unter solchen Bedingungen konnte sich in den Folgejahren keine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde entwickeln. Sie blieb im wesentlichen doch eine Einbahnstraße von den Naturschützern in Richtung Behörde, auch wenn sich zum Beispiel die sehr frühe Einbeziehung in die Planung der unteren Naturschutzbehörde bewährte. Ein letzter Versuch für eine gemeinsame Naturschutzarbeit im Frühjahr 1995 wurde durch die Behörde mit dem Hinweis abgeblockt, „daß keine Möglichkeit gesehen wird, (eine) gemeinsame ehrenamtliche Naturschutzarbeit zu organisieren“. Mit dieser Antwort bewegte sich die untere Naturschutzbehörde im Rahmen des Berliner Naturschutzgesetzes, nutzte aber nicht dessen Freiräume.

Es wird wohl für immer ein Geheimnis bleiben, warum eine Behörde in einer kritischen Finanzlage und mit einer hohen Unterbesetzung an Arbeitskräften solche Initiativen nicht zu nutzen vermag. Vielleicht aber hat es nur gestört, das hier ein Stück „erfolgreicher DDR-Struktur“ zäh um das Überleben kämpfte. Übrigens genau das, was wir hier machen wollten, darf man in Pankow und Marzahn⁵ und beispielsweise im Landkreis Kassel.

⁵ Stadtbezirke von Berlin

Hellersdorf war schließlich eine der größten Baustellen in Deutschland. Besonders bedauerlich ist, daß wir die bereits ausgearbeiteten Schutz- und Entwicklungskonzepte für die Hönower Weiherkette, für das Wuhletal und für die Kaulsdorfer Seen vor der Wende nicht mehr realisieren konnten.

Und dann kam die Wende. Endlich mit Fachleuten aus aller Welt kommunizieren dürfen, endlich Fachbücher und Zeitschriften nach Wunsch lesen und kaufen dürfen, endlich alles lesen, schreiben und veröffentlichen dürfen, gegen Verwaltungsentscheidungen klagen können sowie Beteiligungsrechte haben! Jetzt war die Zeit gekommen, wo wir noch viel bewegen und uns einbringen wollten, so dachten wir! Aber es kam ganz anders.

Die Marktwirtschaft brauchte die ehrenamtlichen Naturschützer nicht. Bestandsaufnahmen und anderes machten jetzt Landschaftsplaner und -architekten, Betreuung und Pflege ist autorisierten Firmen vorbehalten, für Geld alles - versteht sich. Es war genug davon da. Die Ehrenamtlichen „wurden gegangen“, ohne einen Dank. Das Westberliner Naturschutzgesetz, jetzt auch in Ostberlin verbindlich, kennt keine ehrenamtliche Naturschutzarbeit. Also wurde sie durch den zuständigen Bezirksstadtrat abgewickelt. Den Mitarbeitern der unteren Naturschutzbehörde wurde verboten, uns Informationen zu geben. Uns selbst verbot das nunmehr gebildete Bezirksamt, die bisher von uns gepflegten Naturräume zu betreten. Das war hart, aber das Schlimmste war, daß unsere geschützten Objekte ihren Schutzstatus verloren hatten. Durch eine „gesetzestechnische Panne“ war es bei der Vereinheitlichung in Berlin vergessen worden, die Schutzgebietsausweisungen zu übernehmen. So hatten wir zwar die Einheit gewonnen, aber im Naturschutz alles verloren.

Die vorwiegend praktisch orientierten Naturschützer verließen damals die Naturschutzhelfergruppe. Es blieb etwa die Hälfte ihrer Mitglieder. Auch diese Gruppe dezimierte sich weiter - vor allem aus persönlichen und beruflichen Gründen. So blieb ein Kern von zehn bis zwanzig Naturschützern, denen sich dann zeitweilig interessierte aus anderen Umweltprojekten anschlossen. Verbandsmäßig schlossen sich die Hellersdorfer Naturschützer als eine Bezirksgruppe dem Naturschutzbund Deutschland an, einem starken Verband, wie wir glaubten.

Die inhaltliche Arbeit der Gruppe veränderte sich grundlegend. Irgendwie standen wir jetzt im Abseits und bemühten uns um ein neues Aufgabenprofil. Aber unsere bisherigen Arbeitsfelder wurden bereits bewirtschaftet. So entfiel Pflege und Betreuung fast völlig. Dafür gab es aber Beteiligungen bei Planungen und Gutachten, wie zum Beispiel bei der Erarbeitung von Landschaftsplänen, der Bereichsentwicklungsplanung, bei konkreten Projekten - zum Beispiel Rohrbruchpark, dem Pflege- und Entwicklungskonzept „Hönower Weiherkette“ oder dem Vorhaben „Hellersdorf ökologisch fertig bauen“.

Vor allem der ausgebliebene Erfolg in der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit, die wachsende Erkenntnis, für die Behörde eine Alibifunktion zu haben, aber auch die ungenügende Unterstützung durch den Naturschutzbund führte zu Austritten auch hervorragender und langjährig aktiver Naturschützer aus dem Naturschutzbund sowie schließlich im Mai 1995 zur formellen Auflösung der Hellersdorfer Bezirksgruppe. Ein Akt - von manchem bedauert - aber von den meisten auch als eine Form des „stillen Protestes“ verstanden, so keine Naturschutzarbeit mehr weitermachen zu wollen.

Einige Naturschützer hatten sich schon vorher Bürgerinitiativen, wie „Hönower Weiherkette“ oder „Alte Eiche“ zugewandt. Andere gingen in Gruppen, wo die ehrenamtliche Arbeit noch gefragt ist und gewertet wird, in die Bezirksgruppe Marzahn bzw. die Interessengemeinschaft Wuhletal, mit der es bereits seit einigen Jahren eine gute Zusammenarbeit gab. Wieder andere arbeiten im Rahmen der Bezirksverordnetenversammlung.

Ehrenamtliche Naturschutzarbeit wird es also auch in Zukunft noch geben. Die Formen und Methoden sind vielfältiger und flexibler geworden. Die Protestaktionen gegen die Fällung des ältesten Kaulsdorfer Baumes, der „alten Eiche“ in der Ulmenstraße, bezeugen das.

Es hat sich aber auch im Bezirksamt seit der Kommunalwahl im Oktober 1995 etwas verändert. Es gibt einen Bezirksstadtrat für ökologische Stadtentwicklung. Ihm sind das Stadtplanungsamt sowie das Naturschutz- und Grünflächenamt unterstellt. Ein ehrenamtlicher „Baumbeirat“ begann seine Arbeit. Die Bezirksgruppe der „Grünen Liga“ in Hellersdorf fördert nach Kräften die Bündelung solcher Initiativen sowie die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bürgern.

Ja, es ist eine leichte Zuwendung der Behörde zum ehrenamtlichen Naturschutz zu erkennen. Das läßt hoffen. Unwillkürlich entsteht eine Vision: Auf der Grundlage des Berliner Naturschutzgesetzes beruft das Bezirksamt, da sich seine Befugnisse im Rahmen der Verwaltungsreform unerwartet erweitert haben und der behördliche Wille vorhanden ist, Bürger in eine „Naturschutzwacht“.

Die „Naturschutzwacht“ wird dann mit umfangreichen Rechten und Befugnissen - entsprechend denen des Landes Bayern - ausgestattet. Um diese Gruppen scharren sich freiwillige Helfer. Geleitet wird die Gruppe von einem Vorstand oder Sprecherat, dem der Vorsitzender oder bzw. erste Sprecher vorsteht. Dieser sollte der Leiter der unteren Naturschutzbehörde sein. Dessen Vertreter ist ein ehrenamtlich arbeitender Naturschützer. Behörde und Ehrenamtliche koordinieren so endlich wieder ihr gemeinsames Anliegen, den Naturschutz für die heute Lebenden und für kommende Generationen. Diese Zusammenarbeit hat eine Grundvoraussetzung: Man muß die Ehrenamtlichen als vollwertige Partner akzeptieren und ihre Arbeit achten.

Die Entwicklung der botanischen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern nach der Wende⁶

Die politische Wende 1990 war mit keiner grundsätzlichen Wende in der geobotanischen Arbeit verbunden. Letztere wurde ohne einschneidende Veränderungen nach der Wende kontinuierlich fortgesetzt. Jedoch: Mit Beginn der 90er Jahre ist eine gewisse Verschiebung der Schwerpunkte der geobotanischen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern festzustellen. Dies ist eine logische Konsequenz, die sich aus der inhaltlichen Entwicklung unserer bisherigen Arbeit ergibt. Diese Entwicklung läßt sich in etwa wie folgt formulieren: Bis Ende der 80er Jahre stand in unserer Arbeit vor allem die floristische Sammeltätigkeit im Vordergrund, die Ermittlung und Erfassung von Fundorten einzelner Arten sowie - allerdings weniger intensiv - die Kartierung von Biotopen, insbesondere unter floristischen Aspekten. Diese Tätigkeit bestimmt auch weiterhin in starkem Maße unsere Arbeit. Man braucht sich nur den Inhalt unseres botanischen Rundbriefes anzusehen.

Mit Beginn der 90er Jahre treten andere Aspekte mehr in den Vordergrund, die stärkere Orientierung auf die Auswertung und Verallgemeinerung des vorliegenden ungeheuer umfangreichen Faktenmaterials.

Einige Bemerkungen zur Etappe bis Ende der 80er Jahre: Wie umfangreich und intensiv diese Sammeltätigkeit vor 1990 war, möchte ich an einigen wenigen Beispielen belegen:

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit war die floristische Rasterkartierung. Dabei wurden auf der Grundlage von Meßtischblattquadranten alle in den einzelnen Quadranten vorkommenden Arten notiert.

Welche enorme Arbeit dahinter steckt - sie wurde vollständig ehrenamtlich und ohne jede finanzielle Unterstützung durchgeführt - mögen einige Zahlen belegen: Mecklenburg-Vorpommern umfaßt ca. 880 Quadranten. In den entsprechenden Listen wurden mehr als 350.000 Pflanzenvorkommen ermittelt und in den Listen angestrichen. Daß diese floristische Erforschung unseres Landes nie abgeschlossen sein wird, belegt die Tatsache, daß eine Aktualisierung in den Jahren 1992/93 als Ergebnis erbrachte, daß in 485 nachkontrollierten Quadranten 15.000 Neueintragen erfolgten.

Ein weiteres Beispiel für die umfangreiche floristische Sammeltätigkeit ist das Vorhandensein einer Sammlung von Meldekarten. Seit 1973 wird die Flora bemerkenswerter Biotope auf sog. Meldekarten erfaßt. Inzwischen liegen davon mehr als 15.000 dieser Karten vor. Mit konkreten Ortsangaben (Meßtischblatt, Koordinaten usw.) versehen, dokumentieren sie das Vorkommen vieler relativ seltener Arten in Mecklenburg-Vorpommern.

⁶ Redaktionell bearbeiteter Vortrag auf der Tagung der im Naturschutz Tätigen von gestern und heute in Mecklenburg-Vorpommern; Oktober 1997 in Neubrandenburg

Ausdruck der umfangreichen floristischen Arbeit bis Ende der 80er Jahre ist schließlich die Existenz der umfangreichen Fundortkartei an der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald. Diese Fundortkartei ist untrennbar mit dem Namen Prof. Fukarek verbunden. Sie enthält alle Fundorte von Arten aus der Literatur. Ab 1950 meldeten die mecklenburgischen Floristen ihre ermittelten Fundorte hierher. Heute umfaßt diese Datenbank der Blütenpflanzen Mecklenburg-Vorpommerns mehrere Tausend Angaben.

Dieses umfangreiche Datenmaterial ist die Grundlage für unsere heutige Arbeit, die in stärkerem Maße auf neue Aspekte ausgerichtet ist:

Ein erster Schwerpunkt ist die Auswertung und Verallgemeinerung der vorliegenden umfangreichen Fundortdaten. Das kommt zum Ausdruck im Erscheinen zusammenfassender Florenwerke, etwa dem *Verbreitungsatlas der Fern- und Blütenpflanzen Ostdeutschlands*. Im Ergebnis auch der umfangreichen Tätigkeit der Geobotaniker in Mecklenburg-Vorpommern erschien er im Jahre 1996. In ihm ist die Verbreitung von 1998 Arten in einer entsprechenden Anzahl von Karten dargestellt. Er besitzt einen enormen wissenschaftlichen Wert für solche Fachrichtungen wie Arealökologie, Ökologie, Florengeschichte, Floristik, Vegetationskunde, und er ist darüber hinaus von eminent praktischer Bedeutung für Landesplanung, Naturschutz und Landwirtschaft. Ein zweites zusammenfassendes Florenwerk ist die *Wildrosenflora Mecklenburg-Vorpommerns* von G. Schulze, Schwerin 1996. In ihr ist das Vorkommen und die Verbreitung von 40 Wildrosenarten im Land belegt. Dieser Arbeit liegt ein enormes Faktenmaterial zugrunde. Mecklenburg-Vorpommern ist eines der wenigen Länder der Bundesrepublik, das eine solche Rosenflora besitzt.

Als zusammenfassendes Werk ist auch die *Rote Liste der gefährdeten höheren Pflanzen Mecklenburg-Vorpommerns* zu nennen, die 1992 erschien und die von Fukarek mit großer wissenschaftlicher Absicherung, sehr exakt und der konkreten Situation entsprechend, erarbeitet wurde. 1994 erschien eine der letzten Arbeiten Fukareks, die *Rote Liste der gefährdeten Gefäßpflanzen der Ostseeküste von Mecklenburg-Vorpommern*.

Schließlich ist auf unsere geplante und bereits begonnene Arbeit an einer *Flora Mecklenburg-Vorpommerns* hinzuweisen. Sie wird die Kritische Flora Mecklenburgs ersetzen, die von Fukarek, Henker u.a. in den Jahren 1983 bis 1987 im Archiv der Freunde der Naturgeschichte in Mecklenburg erschienen ist. Infolge der geringen Auflage des Archivs und der Verteilung über 5 Bände konnte diese Flora jedoch nur eine geringe Verbreitung finden. Die geplante Flora wird sehr großzügig angelegt sein und neben den Angaben zu den einzelnen Arten eine Reihe Überblicksdarstellungen enthalten wie

- Naturräumliche Gliederung
- Potentielle natürliche Vegetation
- Geologie und Geomorphologie
- Klima
- Vegetationsgeschichte

- Florengrenzen und Geoelemente der Flora Mecklenburg-Vorpommerns
- Tendenzen des aktuellen Florenwandels u.a.

Ein zweiter Schwerpunkt besteht darin, daß die geobotanische Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern in den 90er Jahren in stärkerem Maße als bisher auf vegetationskundliche Aspekte ausgerichtet ist. Geplant ist in diesem Zusammenhang die Erarbeitung einer *Roten Liste der Pflanzengesellschaften Mecklenburg-Vorpommerns*, die im Grunde gleichbedeutend ist mit der Erarbeitung einer Vegetation des Landes. Dazu gibt es umfangreiche Vorarbeiten: Es wurde eine Bibliographie der vegetationskundlichen Literatur Mecklenburg-Vorpommerns erarbeitet und im Botanischen Rundbrief veröffentlicht. Sie enthält 317 Titel von Publikationen und 183 Titel von Diplomarbeiten und Gutachten. Diese Arbeiten wurden weitgehend ausgewertet und die in ihnen enthaltenen Vegetationsaufnahmen und -tabellen in einem speziellen Programm TURBOVEG zur weiteren und endgültigen Bearbeitung gespeichert. Insgesamt handelt es sich um ca. 33.000 Vegetationsaufnahmen.

Der genannte zweite Arbeitsschwerpunkt kommt weiter darin zum Ausdruck, daß die Anzahl vegetationskundlicher Arbeiten zunimmt. Aus den letzten Jahren einige Beispiele: Kintzel hat 1997 einen neuen ruderalen Halbtrockrasen für Mecklenburg-Vorpommern, das *Convolvulo-Brometum carinati* (Rasen der Plattendresen) beschrieben. Vorher hat er schon als seltene Saumgesellschaft den Hainwachtelweizen-Saum beschrieben. Es gibt Bearbeitungen des soziologischen Verhaltens einzelner Arten wie von *Corydalis claviculata* (Rankender Lerchensporn) durch Voigtländer und Meyer.

Es gibt Bearbeitungen von syntaxonomischen Einheiten wie ruderaler Halbtrockenrasen des Landes (*Convolvulo-Agropyron*) oder wärmeliebender Saumgesellschaften (*Geranion sanguinei*). Und es gibt eine Reihe von Arbeiten zur Vegetation bestimmter Biotope, etwa der Vegetation von Ruderalstandorten, von Bachtälern, Flußläufen, Kalkzwischenmooren, Kesselmooren, Naturschutzgebieten u.a.; die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Ein dritter Schwerpunkt der geobotanischen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern liegt in den letzten Jahren auf Naturschutzaspekten. Worin kommt das zum Ausdruck? Einerseits durch eine hohe Zahl von Gutachten. Sie sind zwar nicht in erster Linie Anliegen und Gegenstand der geobotanischen Freizeiforschung, jedoch sind Mitarbeiter unserer Arbeitsgemeinschaft an ihrer Anfertigung oft in stärkerem Maße beteiligt. Zum zweiten gelingt es uns in zunehmendem Maße, diese Gutachten stärker auch in wissenschaftlicher Hinsicht auszuwerten. So wurden Inhalte von Gutachten aus Flußtälern von Voigtländer zur Gliederung von Moorwäldern in Mecklenburg-Vorpommern genutzt; aus Untersuchungen zur Flora der Mecklenburgischen Schweiz entstanden Erkenntnisse zur pflanzen- und vegetationsgeographischen Situation dieser Region; und aus Gutachten über die Vegetation im Raum Neubrandenburg entstanden Aussagen zur Synsystematik und Verbreitung von halbruderalen Trockenrasen und wärmeliebenden Saumgesellschaften. Drittens sind

naturschutzrelevante Probleme selbst Gegenstand der Arbeit der AG Geobotanik in Mecklenburg-Vorpommern. In den Jahren 1995 und 1996 haben wir die Situation vom Aussterben bedrohter Pflanzenarten in Trocken- und Magerbiotopen untersucht und sind gegenwärtig dabei, dasselbe für vom Aussterben bedrohte Pflanzenarten in Feucht- und Waldbiotopen zu tun.

Dr. Heinrich Wollert

Hermann Göritz zum Gedenken

Am 30. Januar starb im 96. Lebensjahr der Landschaftsarchitekt Hermann Göritz. Zu seinem 95. Geburtstag am 19. September 1997 begrüßte er noch freudig bewegt eine große Schar von Gratulanten bei herrlichem Sonnenschein in seinem geliebten Garten in Bornstedt. Hermann Göritz gehörte zu den markanten Persönlichkeiten, die unermüdet die Entwicklung der Garten- und Landschaftskultur in der DDR durch ganz persönliche Beiträge und gesellschaftliches Engagement für Natur und Umwelt maßgeblich geprägt haben.

H. Göritz wuchs in einem ostpreussischen Forsthaus auf, erlernte den Gärtnerberuf und arbeitete ab 1923 als Gärtnergehilfe im Betrieb Ketzin-Falkenrehde der Baumschule Späth und in der Staudengärtnerei von Karl Förster in Bornim bei Potsdam. Auch nach Italien führten ihn seine gärtnerischen Lehr- und Wanderjahre. Die weiterführende Ausbildung erfolgte von 1925-27 an der Höheren Lehranstalt für Gartenbau in Berlin Dahlem. Weitere Arbeitsstätten waren das international bekannte Entwurfsbüro für Gartenanlagen der Baumschule Späth in Berlin und die mit Karl Förster eng verbundene Arbeitsgemeinschaft der bekannten Gartenarchitekten H. Mattern und H. Hammerbacher, wo er sich in der Ausarbeitung von Pflanzplänen und in der Gestaltung von Gärten vollkommnete. Nach der Prüfung zur Erlangung des Titels „staatlich diplomierter Gartenbau-Inspektor“ begann Göritz 1934 seine freiberufliche Tätigkeit als Landschaftsarchitekt. Danach erarbeitete er u.a. Pläne für die Einbindung der entstehenden Autobahnen und leitete die Ausführung von Bepflanzungsmaßnahmen an.



Foto: Berger

Nach dem 2. Weltkrieg fand Göritz Anstellungen bei der Brandenburgischen Landesregierung und in der Staudengärtnerei K. Förster, um danach ab 1950 wieder freiberuflich tätig zu werden. Als zuletzt wohl „einzig freischaffender Gartenarchitekt der DDR“ erschloß sich Hermann Göritz eine erstaunliche Vielfalt von Aufgaben, die er oft gleichzeitig bearbeitete und mit hoher fachlicher Kompetenz löste. Sie können hier nur unvollständig erwähnt werden. Zu seinen hervorragenden Leistungen zählen seine leitende Mitwirkung bei der Erarbeitung der „Landschaftsdiagnose der DDR“ für das Gebiet der Mark Brandenburg (1950-52), seine speziellen Landschaftsplanungen für den Fläming (1955), das Oderbruch und die Ruppiner Platte (1956), den Spreewald sowie für die Nauener und Teltower Platte (1957). Diese Jahre waren angefüllt mit der Erarbeitung zahlreicher Projekte für Windschutzpflanzungen und Begrünung von ländlichen Gemeinden, Agrarflächen, Industrierwerken, wasserbaulichen Anlagen, an Verkehrsflächen, gesellschaftlichen Bauten, Instituten u.ä. Für die Begrünung der neuen Stadtgebiete von StalinStadt (Eisenhüttenstadt) schuf Göritz wichtige methodische Grundlagen für die Bepflanzungsweise. Auch über 100 private Gartenanlagen hat er feinfühlig gestaltet. Sie wurden zu Musterbeispielen der Pflanzenverwendung.

Glanzpunkte der Gartenkultur in der ehemaligen DDR wurden die nach Göritz'schen Entwürfen gestalteten Teilbereiche der IGA 1960 in Erfurt und der Freundschaftsinsel in Potsdam. H. Göritz entfaltete viel Initiativen zur Bewahrung gefährdeter Parkanlagen, Baum- und anderer Naturbestände, z.B. durch frühzeitige Inventarisierung der 250 ländlichen Parke in Brandenburg.

Das unermüdliche fachliche Wirken und öffentliche Eintreten für die Erhaltung und menschenwürdige Gestaltung der Umwelt führte zu Berufung und Mitarbeit H. Göritz in vielen Gremien und Vereinigungen. Er gehörte der „AG Flur- und Landschaftsplanung“ an der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR an. 1953 betrieb er mit Gleichgesinnten energisch die Gründung eines „Zentralen Fachausschusses Dendrologie“ im Kulturbund der DDR. Von 1953 bis 1978 leitete er die Fachgruppe Dendrologie im Bezirk Potsdam und veranstaltete die bis heute regelmäßig stattfindenden Dendrologischen Wintertagungen, die nach steigendem Zulauf haben. Ebenso aktiv wirkte H. Göritz im „Zentralen Parkaktiv“ des ZFA Dendrologie und Gartenarchitektur (später auch ZFA Gartendenkmalpflege) mit. Für zahlreiche alte Guts- und Schloßparke erarbeitete er Unterlagen für die gartendenkmalpflegerische Wiederherstellung.

Bei dieser Fülle von Aufgaben, Initiativen und Funktionen verwundert es, woher H. Göritz noch Zeit und Kraft nahm, seine großen gärtnerischen Erfahrungen in mehreren Büchern über Gehölze, Stauden und Sommerblumen mit vielen Auflagen sowie in zahlreichen Aufsätzen stets sorgfältig aufbereitet festzuhalten und an Leser weiterzugeben.

Mit Hermann Göritz haben wir nicht nur einen profilierten Fachmann, sondern auch einen stets verständnisvollen, aufrechten und liebenswerten Menschen und

Weggeführten verloren, dessen Andenken nicht nur in vielen Herzen, sondern auch in den von ihm geschaffenen Gärten bewahrt und lebendig bleibt.

Prof. Dr. Klaus-Dietrich Gandert

Umfassende Auskunft über Leben und Werk von Hermann Göritz gibt die vor kurzem erschienene Schrift:

Olaf Hiller: Hermann Göritz. Eine biographische Studie als Beitrag zur Geschichte der Garten- und Landschaftsarchitektur im 20. Jh.

In: Kuchler J. (Hrsg.): Materialien zur Geschichte der Gartenkunst 1.

Technische Universität 1997, 260 S., 82 Abb., 30 DM

Zu beziehen über: Vertrieb Technische Universität Berlin, Universitätsbibliothek, Abt. Publikationen, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin

Ein vergessener Naturfreund?

Zum 100. Geburtstag von Karl Kneschke

Am 28. Januar 1998 jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag von Karl Kneschke. Wer sich langjährig in den Reihen des Kulturbundes der DDR für Naturschutz, Heimatgeschichte oder Denkmalpflege engagierte, wird sich an den Namen erinnern.

Karl Kneschke war maßgeblich am Aufbau der seit 1949 unter dem Dach des Kulturbundes wirkenden „Natur- und Heimatfreunde“ beteiligt. Die Natur- und Heimatfreunde - das waren Mitglieder ehemaliger bürgerlicher Heimat-, Naturschutz- oder Geschichtsvereine und Mitglieder von Vereinen aus der Arbeiterbewegung wie „Die Naturfreunde“.

Karl Kneschke wurde 1898 im nordböhmisches Reichenberg (heute Liberec) geboren. Seit 1913 war er Mitglied des Arbeiter-Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Seit 1915 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs und ab 1921 der KPdSch. Als KP-Funktionär engagierte er sich langjährig in der Naturfreundebewegung Nordböhmens. 1938 ging er in die Emigration nach England. Im Frühjahr 1946 wurde Kneschke Erster Landessekretär des Kulturbundes in Sachsen und baute seit 1950 als Bundessekretär in Berlin die Organisation der „Natur- und Heimatfreunde“ unter dem Dach des Kulturbundes auf.

Die Natur- und Heimatfreunde vereinten Naturschützer und spezielle Fachgruppen wie Ornithologen, Botaniker, Gartenarchitekten, Entomologen, aber auch gesellschaftskundlich Interessierte wie Historiker, Denkmalpfleger und Museen-



Abb.: StUG

fachleute. Neu war die Einrichtung von Fachausschüssen auf zentraler und regionaler Ebene für die einzelnen Fachrichtungen. Die Zentralisierung der verschiedenen Vereine im Kulturbund ist aus heutiger Sicht sicherlich umstritten und war begleitet von zahlreichen Konflikten. Nicht wenige, die sich als Mitglieder ehemaliger Heimat-, Naturschutz- oder Geschichtsvereine in den Reihen der Natur- und Heimatfreunde wiederfanden, nutzten aber auch die Chancen, die die neue Organisationsform bot. Unzählbar sind die Aktivitäten, die die Natur- und Heimatfreunde von Anfang an leisteten - praktische Naturschutzarbeiten, Mitarbeit bei der Ausweisung von Schutzgebieten, Bestandserhebungen, Mitarbeit in Museen und in der Denkmalpflege, regionalgeschichtliche Forschungen, Wanderwegemarkierung und vieles mehr.

Wichtigster naturschutzpolitischer Erfolg der Natur- und Heimatfreunde in den 50er Jahren war die Verabschiedung des ersten Naturschutzgesetzes der DDR. Karl Kneschke brachte als Abgeordneter des Kulturbundes das Naturschutzgesetz in die Volkskammer ein. Weitere wichtige Ergebnisse in dieser Zeit waren die Wiedereinführung des Heimatkundeunterrichts 1955, die „Verordnung zur Führung von Ortschroniken“ und die Durchführung des Wettbewerbes „Das schöne Dorf“. Karl Kneschke starb 1959 im Alter von 61 Jahren.

Karl Bartels und Carl Hainmüller - Kolloquium des Müritz-Museums Waren

Unter dem Motto „Natur- und heimatkundliche Forschung im Müritzgebiet“ veranstaltete das Müritz-Museum in Waren am 10. Januar 1998 ein Kolloquium zu Ehren von Karl Bartels und Carl Hainmüller. Beide wurden von den Veranstaltern in Kurzbiografien und mit mehreren Vorträgen gewürdigt.



Abb.: StUG

Karl Bartels wurde am 29.4.1884 in Teterow (Meckl.) geboren. 1914 übersiedelte er (von Röbel) nach Waren. Beruflich war er zunächst als Inspektor am Finanzamt tätig. Seit 1923 übte er die Arbeit als Beauftragter für Naturschutz im Kreis Waren und als Denkmalpfleger für Vorgeschichte aus. 1923 wurde Bartels auch Mitglied der „Vereinigung für Heimatschutz“. Nach dem II. Weltkrieg leitete er von 1948 bis 1956 das Museum in Waren. Er starb am 24.1.1957.

Verdienste erwarb er sich nicht nur durch seine haupt- und ehrenamtliche Arbeit für das Müritz-

Museum, sondern vor allem auch durch seine praktische Naturschutzarbeit. In die Zeit seines Wirkens fallen die Registrierung und Unterschutzstellung von ca. 2000 Naturdenkmälern, die Unterschutzstellung von Seeadler und Fischadler im Jahre 1926, die Unterschutzstellung der „Vogelfreistätte Müritzhof“ (1931), die Erweiterung des NSG „Ostufer der Müritz“ auf 5000 Hektar, die Schaffung der Lehrstätte für Naturschutz Müritzhof (1954) und der Aufbau einer hervorragenden Jugendarbeit.⁸

Carl Hainmüller wurde am 24.7.1875 in Berlin geboren. 1886-1891 besuchte er in Waren das dortige Gymnasium, absolvierte danach eine kaufmännische Lehre in Berlin und war dort als Kaufmann tätig. 1909 wurde er Mitglied der Deutschen Entomologischen Gesellschaft. Seit 1910 lebte er wieder in Waren. Er war Inhaber der „Sommerfrische Hainmüller“. Seit 1920 Mitglied des Vereins der Freunde der Naturgeschichte in Mecklenburg und der „Vereinigung für Heimatschutz“ und erste Kontakte zum „Maltzaneum“. 1927 übernahm er ehrenamtlich die Verwaltungsgeschäfte des Museums und betreute die Insektenammlung (Bartels betreute seinerzeit die umfangreiche Vogelsammlung). 1946-1948 leitete er ehrenamtlich das Museum und arbeitete als Bodendenkmalpfleger, von 1948 bis 1956 war er als Sachbearbeiter für Entomologie und Botanik weiter im Museum tätig. Hainmüller starb am 12.9.1956. Dem Maltzaneum überließ Hainmüller seine bedeutende entomologische „Mecklenburg-Sammlung“ (ca. 55.000 Objekte) und seine Auslandssammlung.



Abb.: StUG

⁷ Im Heimatkundlichen Jahrbuch des Bezirkes Neubrandenburg, I/ 1966, Neubrandenburg 1966, S. 21-43 stellte Harry Schönrock die Geschichte des Warener Museums (gestiftet 1866 von Freiherrn Hermann von Maltzan als „Maltzaneum“) und die Verdienste von Karl Bartels und auch Carl Hainmüller ausführlich dar. Darin heißt es zur Unterschutzstellung des NSG Ostufer der Müritz, der heutigen Kernzone des Nationalpark Müritz (Westteil): „Am 19.7.1949 - einige Wochen vor der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik - beschloß die Warener Kreisverwaltung, ein ca. 6000 ha großes Gelände am Ostufer der Müritz unter Naturschutz zu stellen. Jahrzehntlang hatten sich die Naturfreunde Warens, unter Leitung Karl Bartels, um die Verwirklichung dieses Vorhabens bemüht, aber auf Grund der gesellschaftlichen Verhältnisse - besonders der Privatinteressen des Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzers und kapitalistischen Jagdpächters Dr. Herrmann aus Federow und Speck, Kreis Waren, scheiterte es. Zwar wurde 1931 280 ha zum Naturschutzgebiet erklärt, aber durch persönlichen Eingriff des Dr. Herrmann wurde eine offizielle Bestätigung und Aufnahme in die Reichsliste der Deutschen Naturschutzgebiete verhindert.“ (Schönrock, Harry: Zur Geschichte des Warener Museums..., S. 33

⁸ Kurt Kretschmann hat seinerzeit in Heft 8/ 1957 der „Natur und Heimat“ Karl Bartels „Leben für den Naturschutz“ gewürdigt (S. 253f.)

In den insgesamt 11 kurzen Vorträgen wurden vorrangig Aspekte des Naturschutzes und der Regionalgeschichte im Müritzgebiet behandelt. Interessant waren einige der Vorträge vor allem deshalb, weil mit ihnen Ergebnisse langjähriger Beobachtungen einiger Vogelarten dargestellt wurden. Die folgenden Ausführungen sind den schriftlichen Zusammenfassungen der Vortragenden entnommen.

So beschäftigte sich Dr. Hans L. Weidemann mit der Funktion von Nationalparks als eines auch international gebräuchlichen Instruments einer „naturverträglichen“ Landbewirtschaftung, der Erholung und der Bildung. Mit Blick auf den Müritz-Nationalpark erläuterte er den Anwesenden die Kriterien, die die IUCN Nationalparks zugrundelegt. Horst Prill stellte die Veränderungen der Vogelwelt in den Buchenwäldern Serrahns in Abhängigkeit von der Waldentwicklung dar. Auf der Grundlage eines Vergleichs von 30 Jahre auseinanderliegenden Untersuchungsergebnissen wurde festgestellt, daß durch Auflichtung und stärkere Schichtung durch eine kleinräumig differenzierte, natürliche Waldverjüngung die Gesamtzahl der Brutvögel im Untersuchungsgebiet um ca. 41% zugenommen hat.

Dietrich Roepke (Waren) sprach zum gegenwärtigen Brutstatus von See- und Fischadler im Müritzgebiet, der sich aus den ehemaligen Kreisen Röbel und Waren zusammensetzt. Die Anzahl der Brutpaare des Seeadlers blieb seit etwa 30 Jahren im Bereich des heutigen Müritzgebietes mit 10-11 recht konstant. Seit Mitte der 60er Jahre führten verbindliche Horstschutzrichtlinien zur Stabilisierung der potentiellen Horstreviere des Seeadlers. Nach Wegfall der Pestizidanwendung in der Land- und Forstwirtschaft seit Mitte der 70er Jahre stieg aufgrund des verbesserten Nahrungsangebots die Reproduktionsrate langsam an. Roepke schätzte den derzeitigen Bestand als stabil an. Ganz anders die Entwicklung beim Fischadler. 1965 gab es im damaligen Kreis Waren 12 Paare, von denen 10 brüteten und insgesamt 14 Jungvögel aufzogen. Für den Fischadler galt in den sechziger Jahren das gleiche wie für den Seeadler. Die Reproduktionsrate ging aufgrund der durch Pestizidanwendung z.T. kontaminierten Nahrung zurück. Zudem wurde das Angebot an geeigneten Brutplätzen auf freistehenden Einzelbäumen geringer, so daß der Fischadler auf die Masten von Hochspannungsleitungen auswich. Eine gute Zusammenarbeit mit den Energieversorgungsunternehmen, die Intensivierung der Binnenfischerei und der Wegfall der Pestizidanwendung führten im Laufe der Jahre zu einem Anstieg der Reproduktionsrate und vereinzelt zu Neuanstellungen von Brutpaaren, ein Trend, der sich bis in die Gegenwart fortsetzte. 1980 gab es sogar zum ersten Mal seit 1938 wieder eine Brut mit vier Jungvögeln. 1997 waren insgesamt 52 Horste besetzt, 44 Paare brüteten mit Erfolg und zogen 102 Junge auf. 40 der Horste befanden sich auf Hochspannungsleitungsmasten!

Prof. Dr. Hans-Joachim Deppe beschäftigte sich mit dem Vorkommen des Steinadlers, der in Norddeutschland außerordentlich selten ist. Hierfür nannte er mehrere Gründe. Die regionalen Brutvorkommen sind bereits im 19. Jahrhundert durch

die betriebene Verfolgungsjagd erloschen. Hinzu kam ein umfassender Wandel der Lebensräume durch das Entstehen großräumiger, geschlossener Wirtschaftswälder, zunehmende Meliorationen und Intensivierung der Landwirtschaft. Wichtige Beutetiere wie Birkhuhn, Hase usw. gingen zurück oder verschwanden ganz. Heute ist der Steinadler in Norddeutschland nur noch ein seltener Durchzügler.

Weitere Vortragende beschäftigten sich mit dem Singvogelvorkommen im Müritzgebiet (Dr. K. Kremp), dem Zug und der Rast der Kraniche (H.J. Jessel), der Spinnenfauna auf einem ehemaligen Schießplatz im Müritz-Nationalpark (Dr. D. Martin), den Hecken als Vernetzungselemente in der Landschaftsgestaltung („Heckenpastor“ Wegner) und mit Bodendenkmalen und Funden am Süden des Plauer Sees (Dr. U. Schoknecht).

Aus dem Studienarchiv Umweltgeschichte

Seit 1991 besteht das Archiv-, Bibliotheks- und Aufarbeitungsprojekt „Studienarchiv Umweltgeschichte“. Es wird seit 1995 von der **Deutschen Bundesstiftung Umwelt**, Osnabrück gefördert. Das Archiv widmet sich der Sammlung und Erschließung von Quellen und Dokumenten zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. Über Veröffentlichungen, Archiv-Spendertreffen, Vorträge, Seminare und Ausstellungen wird versucht, zur Aufarbeitung der Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in Deutschland beizutragen. Spurensuche, kritische Würdigung, Anregung zum Mitmachen, spannender Meinungsstreit, lebendige Auseinandersetzung - so könnte das Anliegen des Studienarchivs Umweltgeschichte beschrieben werden. Etwa 150 Personen unterstützten durch die Bereitstellung von Materialien den Aufbau des Studienarchivs Umweltgeschichte. Die Inventarisierung und Recherchetätigkeit für ständig steigende Anfragen an das Archiv liegen seit der Gründung der Sammlung in den Händen von Annerose Sohler und Carla Tammer. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über Neueingänge 1997 und 1998.

Einen umfangreichen Fundus an Materialien zum Themenbereich Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege übergab J. Unglaube, Dresden, darunter Unterlagen, die in Vorbereitung eines geplanten Referates Landschaftspflege bei der damaligen Landesregierung Sachsen Anfang der 50er Jahre entstanden (Themen u.a. Erosions- und Bodenschutz, Naturschutz, Bau- und Naturdenkmale, Bauwerke in der Landschaft, Bergbau-Sanierung, Friedhofsgestaltung, Gewässerverbauung). Ferner Berichte und Kurzbeiträge zur Landschaftspflege 1949/50, Vorträge der Lehrgänge für Landschaftspflege in Pillnitz (November 1949), Signaturen für das Fachgebiet Landschaftsgestaltung (50er Jahre), eine Mappe zur Tätigkeit des Arbeits-



Hochhalde Espenhain (Kreis Borna), Juni 1950: unbeherrschte Böschungen der Halde werden durch die ungehindert abfließenden Oberflächenwässer in tiefen Rinnen aufgerissen, sterile Mineralböden mit eingelagerten kulturfeindlichen Substanzen lagern sich auf den umgebenden Äckern ab



August 1950: Landschaft wird beherrscht vom Braunkohlenkombinat, schwefelige Rauchgase des Werkes überziehen die Halde und machen einen gesunden Pflanzenwuchs unmöglich.



Nov. 1950: erste Anpflanzungen auf der Hochhalde
alle Fotos: J. Unglaube

ausschusses für Wasserhygiene und Landschaftsgestaltung der Kammer der Technik (KdT) 1950-52, Materialien der KdT zu o.g. Themen aus dem Zeitraum (1964-1977), Materialien zur Planung von Erholungsgebieten, den 1. Entwurf des Landschaftspflegeplanes „Sächsische Schweiz“ und Materialien zur Erarbeitung eines regionalen Generallandschaftsplanes für den damaligen Bezirk Dresden.

Zahlreiche Neuzugänge erhielt das Archiv in den vergangenen Monaten aus Mecklenburg-Vorpommern. So übergab J. Bernard, Rostock, u.a. Protokolle dendrologischer Tagungen aus dem Zeitraum 1985-1989, Ausgaben der Zeitschrift „Natur und Umwelt“ (80er Jahre), Materialien über Erfassung der Parke im Bezirk Rostock (1986/87) und andere Dokumente. Von Dr. F. Holst, Güstrow, kamen Dokumente aus der ehrenamtlichen dendrologischen Tätigkeit, so zum BFA Dendrologie und Gartenarchitektur im Bezirk Schwerin, Einladungen zu dendrologischen Tagungen, Dokumente zur Parkinventur im Bezirk Schwerin 1989 und eine Übersicht über geschützte Parke im Bezirk Schwerin.

Prof. Dr. A. Krummsdorf, Rostock, übergab eine umfangreiche Materialsammlung aus seiner langjährigen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit auf den Gebieten Landschaftsplanung und -gestaltung, Meliorationswesen, Landespflege, Natur- und Umweltschutz, Küstenschutz, darunter Grundlagenliteratur zur Landschaftspflege und Vorlesungsskripte zu den o.g. Themen aus seiner Tätigkeit als Hochschuldozent. Ferner übergab Herr Prof. Dr. Krumms-

dorf eine umfangreiche Literatursammlung zu den Themen Aufforstungen, Windschutzpflanzungen, Flurholzanbau, Bodenerosion, Mensch und Natur, Kernenergie, DDR-Umwelt- und Naturschutzliteratur, u.a. Kottmeier „Die Aufforstung der Od- und Ackerländereien“ (1913), Scamoni „Einführung in die praktische Vegetationskunde“, Joachim „Bedeutung der Flurgehölze in der Agrarlandschaft“, Universität Rostock „Auswahlbibliographie Erosionsschutz“, die Behandlungsrichtlinien für die Naturschutzgebiete des Bezirkes Rostock (1972/1984), einige Bände aus der Reihe „Technik und Umweltschutz“ der KdT sowie Sitzungsberichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Frau Selma Kleinfeldt, Rostock, sandte die von ihr verfaßte Broschüre „Rostock - Ein Stadtrundgang unter den Symbolen von Stier und Greif“, die in Zusammenhang mit ihrer langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtführerin in Rostock 1997 erschien.

Frau Dr. Jost, Waren übergab Ausgaben der Zeitschrift „Natur und Naturschutz“ und Veröffentlichungen des 2. und 3. Kolloquiums „Naturschutz im Ostseeraum“ (1969 u. 1971)

Herr W. Kintzel, Slate/Mecklenburg schickte u.a. Urkunden der Fachgruppe „Walter Dahnke“ für Naturschutz im Kreis Lübz, eine Broschüre zum 5. Bezirkstreffen der Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes Gadebusch 1973, die Broschüren „Naturschutz an der Müritz“ (1973/74), „Das Naturschutzgebiet Dünenheide auf Hiddensee“ (1974) und „Jasmund“ (1975).

E. Hemke, Neustrelitz schickte „Labus“ 6 (1997) und den Band „Strelitzer Geschichten“. Frau G. Mohr, Neubrandenburg sandte die Mitteilungen Thüringer Ornithologen 1952 und 1957, eine Broschüre zum Fontäne-Naturlehrpfad von 1953, den Naturschutzkalender für den Bezirk Potsdam von 1954 sowie den Band „Natur und Naturschutz im Bezirk Potsdam“ von 1956, Naturschutz-Mitteilungen 1957, 1959, 1960, den Band „Die Naturschutzgebiete der DDR“ von 1964.

Frau Dr. A. Martin, Güstrow, schickte die Broschüren „Natur und Naturschutz im Kreis Güstrow“ (1988), den Exkursionsführer „Naturschutz im Kreis Güstrow 1998“ und die Broschüre „Landschaftspflege und Naturschutz im Raum Güstrow 1991“, ferner Urkunden zur Berufung von Naturschutz Helfern als Betreuer von Naturschutzobjekten und die Fotodokumentation einer Naturschutz-Ausstellung des Kreises Güstrow.

Einen wichtigen Fundus zur frühen Geschichte des Naturschutzes in Mecklenburg stellt die Zeitschrift des Heimatbundes Mecklenburg dar. Das Archiv konnte durch Unterstützung von Hermann Behrens eine fast vollständige Ausgabe der Zeitschrift 1906-1941 in seinen Bestand aufnehmen. Ebenso stellte er „Petermanns Geographische Mitteilungen“ zur Verfügung (Jahrgänge 1954-1959, 1960-1969/70, 1973/74, 1977/78).

Zur Naturschutzarbeit im Raum Berlin und Brandenburg erhielt das Archiv von R. Nessing Materialien aus seiner langjährigen Naturschutzarbeit, so Dokumente aus

der Tätigkeit des BFA Feldherpetologie Berlin 1980-1985, aus der Tätigkeit des Naturschutzhelferkollektivs Berlin-Köpenick (80er Jahre), des Arbeitskreises Avifaunistik Berlin (70er/80er Jahre), zur Tätigkeit der GNU Gransee, zum Runden Grünen Tisch Gransee (1990), Dokumente zur Tätigkeit der Grünen Partei der DDR (1990) sowie verschiedener nach 1990 gegründeter Vereine in der Region Gransee.

W. Teske, Guben, schickte Dokumente zur Tätigkeit der Ortsgruppe Müllrose des Kulturbundes (50er Jahre) und der Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz und Landschaftspflege im Kulturbund Frankfurt/Oder (60er Jahre), diverse Broschüren und Faltsblätter, u.a. „Arten- und Biotopschutz für Fische und Rundmäuler in der DDR“ (1982), „Schutz der einheimischen Fische und Neunaugen“ (1989), die Zeitschrift „Ichthyofaunistik“ (1985 und 1987) sowie Materialien aus der Tätigkeit der „Gesellschaft für Naturschutz und Landschaftsforschung e.V.“ (ab 1990).

Von Dr. H. Rupp, kamen der Potsdamer Kulturspiegel, die Veröffentlichung „Politische und ästhetische Aspekte zum Anliegen der Landeskultur“ (Dokumentation einer Tagung des Kulturbundes Potsdam 1974), Beschlüsse, Aktionsprogramme und Arbeitspläne des Kulturbundes des Bezirkes Potsdam (80er Jahre) und diverse Zeitungsartikel in das Archiv.

Auch aus Sachsen-Anhalt kamen wiederum zahlreiche Zugänge, so von Dr. J. Müller, Magdeburg, das entomologische Mitteilungsblatt „halophila“ 33 und 34. Dr. Ch. Kaatz, Loburg, schickte den Tagungsband des 4. und 5. Anhaltischen Storchentags 1995 und 1996.

In Zusammenhang mit dem Projekt „Regionale Umwelt - Regionale Identität - Alltägliche Umweltkonflikte“ gelangten durch Unterstützung der Projektmitarbeiterin Frau I. Klein zahlreiche Materialien aus der Region Dessau-Bitterfeld in das Studienarchiv, so von R. Albrecht, Wolfen, Materialien aus der Tätigkeit der GNU Bitterfeld. Dr. U. Zupke, Wittenberg, stellte die von ihm verfaßten Kinderbücher „Gefiederte Jäger“ und „Dem Biber auf der Spur“ und die Beiträge Zupke/Hartmann „Umweltsünden der DDR“, „Bestand des Weißstorches im ehemaligen Bezirk Halle und notwendige Schutzmaßnahmen“ (1993), „Vorkommen und Verbreitung der Fischarten im südlichen Sachsen-Anhalt und ihre Schutzsituation“ (1993), „Fische im Kreis Wittenberg“ (Schriftenreihe des Museums für Naturkunde und Völkerkunde Julius Riemeier 2/1987); Das Mittelbegebiet als Rastgebiet für durchziehende Gastvögel (Hercynia 4/1985); Besiedlungstendenzen des Elbebibers im Kreis Wittenberg (Hercynia 26(1989)4 sowie „Die avifaunistische Bedeutung des Landschaftsschutzgebietes Mittelbe im Kreis Wittenberg“ zur Verfügung.

Außerdem kamen der Band „Panikblüte - Bitterfeld Report“ (1991), und die Dissertation „Analyse der Verunreinigung der Luft im Raum Wolfen (1975) sowie diverse Beiträge zur Entwicklung der Naturschutzarbeit im Bezirk Halle in den Bestand. W. Schulze, Sangerhausen, war langjährig in der Kinder- und Jugendlandschutzarbeit aktiv. Er übergab dem Studienarchiv Umweltgeschichte eine um-

fangreiche Dokumentation zur Tätigkeit der von ihm geleiteten Schüler-Arbeitsgemeinschaften (70er und 80er Jahre) und des Jugendclubs des Spengler-Museums (80er Jahre), insgesamt 12 Ordner, etwa 200 Dias, Sonderdrucke von Veröffentlichungen und die Broschüre „10 Jahre Jugendclub am Spengler-Museum Sangerhausen“. Ferner übergab Herr Schulze eine vollständige Sammlung der „Beiträge zur Heimatforschung des Spengler-Museums Sangerhausen“ (1969-1991), das Heimat- und Wanderbuch des Kreises Sangerhausen sowie eine Mappe mit Dokumenten aus seiner Beringtätigkeit.



Dem Biber auf der Spur

Foto: Zupke

Frau I. Röthling, Sangerhausen, stellte dem Archiv die Dokumentation des Naturlehrpfades Walk- und Traubenberg Sangerhausen, einige Dokumente zur Tätigkeit der GNU-Gruppe Sangerhausen 1985-1989, zur BUND-Gruppe Sangerhausen seit 1990 und zur Tätigkeit der Ökologiestation Sangerhausen zur Verfügung.

D. Bauer, Kelbra, schickte u.a. die Broschüre „Praktischer Ratgeber für Pilzfreunde“ (1980), die Faltsblätter „Lurche und Kriechtiere“, „Heimische Insekten“ (1987), „Steinrinne bei Bilzingsleben“ (1988), die Publikation „Streuobst - Eine Chance für die Kyffhäuserregion“ (1996), ein Faltsblatt zum Naturpark Kyffhäuser und einige andere Materialien.

Dr. U. Wegener sandte ein weiteres Paket mit Ausgaben der Naturzeitschriften aus Berlin und Brandenburg, den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg und Thüringen.

Vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg kamen die Beiträge H.-P. Gensichen: „Zur Geschichtsschreibung der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR“ und J. Mothes „Das Wirken der Umweltgruppen für Transparenz und Öffentlichkeit und die Reaktion der Staatsmacht“ in das Archiv.

Der Autor Ch. Kuhn, Halle übergab die Veröffentlichung „Inoffiziell bekannt wurde...“. Die Broschüre dokumentiert Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle. Die Veröffentlichung erschien in der Reihe „Sachbeiträge“ des „Landesbeauftragten für die Unter-

lagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ Sachsen-Anhalt. Ferner übergab Ch. Kuhn den Heimatkalender des Halle-Saalkreises 1997, der Veröffentlichungen des Autors zum Thema Umwelt enthält.

Herr A. Liste übergab in Kopie Dokumente zur Geschichte des 1983 gegründeten Arbeitskreises Umweltschutz (AKUS) in Halle sowie Dokumente zur Initiative von Herrn Liste, in Potsdam und Werder Ende der 80er Jahre ebensolche Arbeitskreise zu gründen. Ferner übergab Herr Liste Plakate und Aufkleber zum Thema Umweltschutz (80er Jahre) und einige Dokumente zur Tätigkeit des nach 1990 gegründeten „Arbeitskreises Hallesche Auenwälder“.

R. Weber, Plauen, schickte den Band Weber/Demming „Geschichte des Naturschutzes im sächsischen Vogtland - von den Anfängen bis zur Gegenwart“, erschienen als Band 61 der Schriftenreihe des Vogtlandmuseums Plauen (vgl. Rezension).

Auch aus dem Raum Berlin erhielt das Archiv wieder zahlreiche Zugänge zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten.

H. Bänniger, übergab eine umfangreiche Sammlung von Broschüren und Veröffentlichungen aus der Tätigkeit des Kulturbundes. U.a. die Zeitschrift „Aufbau“ von 1945/46, Veröffentlichungen aus der Tätigkeit der Natur- und Heimatfreunde, Veröffentlichungen der ZFA Entomologie, Dendrologie, Denkmalpflege, Heimatgeschichte, ferner Heimatkalender und heimatkundliche Veröffentlichungen aus Bad Freienwalde, Wittenberg, Prenzlau, Stendal, Cottbus, Gera, Zeitz, Apolda, Ausgaben der Sächsischen Heimatblätter u.a.m.

S. Hamsch übergab zwei Exemplare des von ihm verfaßten Kinderbuches „Im Frühling, im Sommer im Herbst und im Winter“, erschienen im Kinderbuchverlag Berlin 1974.

Prof. Dr. K.-D. Ganderl stellte Materialien aus der Tätigkeit der GNU zum Thema Dendrologie und Gartenarchitektur, zur Dorfgestaltung, die Veröffentlichung des Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg „Der Grüne Finger Gottes“, Naturschutzblätter des Bezirkes Neubrandenburg, das KdT-Arbeitsmaterial „Baumschutz und Baugeschehen“, diverse Veröffentlichungen zu Flurholzanbau, so die Richtlinien Flurholzwirtschaft (1982-1990) Bezirk Erfurt, den botanischen Rundbrief Neubrandenburg sowie Veröffentlichungen von Landschaftstagen und Landschaftspflegepläne zur Verfügung.



Abb.: SIUG

Dr. G. Wappler übergab mehrere Ordner zur Tätigkeit des ZFA und BFA Geologie (60er bis 80er Jahre) sowie zum Thema Geologie und Museen.

Dr. K. Kutzschbach übergab veröffentlichte und unveröffentlichte Materialien zu den Themen Sekundärrohstoffe/Stoffkreisläufe, Gesellschaft und Naturnutzung, Stoff- und Energieprozesse; Sekundärrohstoffwirtschaft, Unterlagen zum Thema „Neugestaltung der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der sozialistischen Landeskultur 1971“, den Sonderdruck „Ökonomische Aspekte der Nutzung von Abprodukten als Sekundärrohstoffe“ sowie die Dissertation: „Intensivierung der Naturnutzung und ihr Einfluß auf die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität, dargestellt am Beispiel der Braunkohle“, ferner eine Darstellung zur Entwicklung der Landeskultur und des Umweltschutzes im Bezirk Cottbus 1972, diverse Veröffentlichungen zu Umweltthemen, so „Stand und Vorschläge eines komplexen System zur Siedlungsabfallbeseitigung und -verwertung in der DDR“ (1969).

Frau Reitersleben, Berlin, übergab Wanderliteratur zu den Gebieten Talsperre Pöhl und Pirik, Friedrichroda-Tabarz-Finsterbergen, Rennsteig, Schwarzwald, Rheinsberg-Neuruppin, den Tourist-Wanderatlas Müritzgebiet und den Wanderkatalog des FDGB-Feriedienstes Klink/ Müritz, Veröffentlichungen zu den NSG „Dornbusch



Abb.: Zwei Leseplätze stehen dem Archiv derzeit zur Verfügung. Die Archivnutzung ist nach vorheriger telefonischer oder schriftlicher Anmeldung möglich. Foto: Auster

und Bessin", „Serrahn", „Dars", „Jasmund", eine Materialsammlung zum 200-jährigen Bestehen des Branitzer Parkes und diverse Zeitungsausschnitte.

Dr. K.-H. Großer übergab den Band „Naturschutz in Bergbau-Regionen" (Hrsg. Sächsische Akademie für Natur und Umwelt 2/97) und den von ihm verfaßten Beitrag „Waldkunde und Naturwaldreservate in Brandenburg" (in: Beiträge für Forstwirtschaft und Landschaftsökologie 31(1997)2). Frau Todt schickte den Band „Umweltgestaltung und Umweltschutz" (1977), W. Sykora die Broschüre „Orchideen im Bergbaugelände" und Frau Bölsche Materialien der Arbeitsgemeinschaft „Natur und Heimat" Brandenburg.

Neu ins Archiv kam der Band „Visions und revisions of nature. From the protection of nature to the invention of the environment in the federal republic of germany" von Sandra Lynn Chaney. Die 1996 veröffentlichte Dissertation beleuchtet die Entwicklung des Natur- und Umweltschutzes in der Bundesrepublik im Zeitraum 50er bis 70er Jahre. Das Archiv erhielt diese Veröffentlichung durch die freundliche Unterstützung von Prof. Dr. W. Erz, Bundesverband beruflicher Naturschutz (BBN).

B. Riechers sandte den von ihm verfaßten Beitrag „Nature Protection during National Socialism", erschienen in „Historische Sozialforschung" 3/1996.

Ferner erhielt das Archiv das Protokoll Nr. 33 der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" vom 12. Mai 1997. In Schwerin fand zu diesem Termin eine öffentliche Anhörung zum Thema „Bilanz der ökologischen Hinterlassenschaft der DDR und ihre Bewältigung statt."

Unterstützung erhielt das Archiv wiederum von Vereinen, Verbänden und staatlichen Einrichtungen. Die Bibliothek des Bundesamtes für Naturschutz sandte fehlende Jahrgänge der Zeitschrift „Natur und Landschaft" (1986-1997) sowie den Band „Daten zur Natur", wofür im Gegenzug das Archiv aus seinem Dublettenbestand mit einigen fehlenden Jahrgängen der Zeitschrift „Natur und Heimat" aushelfen konnte.

Das Umweltbundesamt schickte u.a. Ausgaben der Zeitschrift „Umwelt" und den Band „Strukturanalysen des SERO-Systems der DDR im Hinblick auf Effizienz und Eignung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen".

Das Naumann-Museum Köthen sandte die Veröffentlichungen „Vegetation und Flora des Kreises Köthen" (1988), „Die Vogelwelt des Gebietes Köthen" (R. Rochlitzer und Mitarbeiter) 1993 und Blätter aus dem Naumann-Museum (16/1997, 14/1994, 1992/1993 2/1990 u. 1991 1/1990) sowie die „Beiträge zur Gefiederkunde und Morphologie der Vögel" (Heft 1 und 2).

Der Naturschutzbund/LV Sachsen sandte den NABU-Report-Naturschutzarbeit in Sachsen 1995 bis 1997, die Mitteilungen der sächsischen Fledermausfreunde 1/1997 und die Mitteilungen für sächsische Feldherpetologen 1/97, das Weißstorchinformationsblatt Nr. 1 und das Falblatt „Wie dem Storch helfen", hrsg. vom Naturschutzinstitut Region Dresden, Plakate des Naturschutzbundes zum Thema Benjeshecken und dem Leipziger Auwald sowie einige Falblätter.

Der Ökolöwe Leipzig sandte einige DDR-Publikationen mit Umweltbezug. Die Grüne Liga Berlin übergab einen Teil ihres seit 1990 aufgebauten Pressearchivs. Der Luisenstädtische Bildungsverein stellte die Bände „Berliner Naturdenkmale" (H. Weißpflug) und „Berliner Park(ver)führer", ein topographischer und geschichtlicher Streifzug durch Parkanlagen in den Berliner Stadtbezirken zur Verfügung.

Zahlreiche Dokumente aus den 70er Jahren erhielt das Archiv von der in den 70er Jahren im damaligen Berlin(west) gegründeten „Berliner Baumschutzgemeinschaft". Die Materialien dokumentieren die Auseinandersetzungen um den Kraftwerksbau im Spandauer Forst (1978/79), den Schießplatz Gatow und den Autobahnbau durch den Tegeler Forst. Die Baumschutzgemeinschaft übergab außerdem Materialsammlungen, u.a. zu den Themen Müll, Bodenvergiftung, Smog, die Zeitschrift der Baumschutzgemeinschaft sowie eine Chronik ihrer Tätigkeit.

Mit dem von der Baumschutzgemeinschaft übergebenen Material verfügt das Studienarchiv Umweltgeschichte über einen wichtigen Fundus zur Geschichte des ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzes im ehemaligen Berlin(West). Das Material ergänzt bereits vorhandene Bestände des Archivs zur Umweltgeschichte der Region Berlin-Brandenburg.

Der umfangreiche Nachlaß unseres leider viel zu früh verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Paucke wird in Kürze von unseren Archiv-Mitarbeiterinnen Annerose Sohler und Carla Tammer inventarisiert worden sein. Die nähere Vorstellung des Nachlasses, der dem Archiv von Frau Margret Paucke übergeben wurde, erfolgt daher im nächsten Heft.



Die Bibliothek des Archivs entstand vor allem durch Schenkungen von Privatpersonen. Foto: Auster

Wir suchen weiterhin laufend ...

Bücher, Broschüren, unveröffentlichtes Material wie Protokolle und Aufzeichnungen, Plakate, Dias Fotos, Abzeichen, Schilder u.a.m.

- aus der Tätigkeit der Umwelt- und Naturschutzbewegung in der DDR (Kulturbund/Natur- und Heimatfreunde/ GNU - ZFA, BFA, lokale Gruppen; oppositionelle und kirchliche Umweltbewegung)
- zur bürgerlichen und proletarischen Naturschutz-, Heimatschutz- und Wanderbewegung von den Anfängen bis 1933 bzw. 1945
- aus der Arbeit von Umwelt- und Naturschutzverbänden und -vereinen in den neuen Bundesländern nach 1990

Ehrennadel für Naturschutz-Nestorin

Erna Kretschmann erhielt NABU-Auszeichnung

Wenn von Kurt Kretschmann, dem Nestor des ostdeutschen Naturschutzes die Rede ist, dann muß man immer - auch ungenant - Erna Kretschmann (85) mitdenken. Für ihre Verdienste verlieh ihr der Naturschutzbund Deutschland am 13. März 1998 seine höchste Auszeichnung - die goldene Ehrennadel.



Erna Kretschmann im Kreis von Gratulanten (links Prof. Dr. M. Succow)
Foto: Behrens

Erna Kretschmann wirkt nicht im Schatten ihres Mannes, sie strahlt aus eigener Energiequelle. Sie brachte sich als guter Geist in die Arbeit von Kurt Kretschmann ein, regte an, bewegte andere, tippte und redigierte Tausende von Artikeln. Um dieses gegenseitige Verständnis, diese Achtung voreinander zu begreifen, muß man in die letzten Kriegstage zurückgehen, als Kurt aus dem Strafbataillon desertierte, sich in einem Erd bunker versteckte und Erna ihn unter Lebensgefahr mit Nahrung versorgte.

Dann bauten sie unter enormen körperlichen Anstrengungen jenes Blockhaus, in dem sie zunächst wohnten und das dann als Haus der Naturpflege zur Pilgerstätte von über 100.000 Besuchern wurde. 20 Jahre betreuten sie das Objekt, ohne einen Pfennig Bezahlung, ohne staatliche Mittel. 1951 organisierte Erna, die eigentlich Kindergärtnerin war, in 15 Städten der DDR große Naturschutzausstellungen, sie sorgte sich um Windschutzpflanzungen und Naturlehrpfade, zog 1954 mit auf den Müritzhof, wo beide unter Entbehrungen - es gab weder Strom noch Telefon - die weltweit erste Lehrstätte für den Naturschutz aufbauten. Viele Naturschützer holten sich hier ihr Rüstzeug. Kretschmanns Naturschutzzeile - die stilisierte Walddohreule - breitete sich schnell aus und erobert inzwischen auch die alten Bundesländer. Lange vor Erscheinen der Roten Listen riefen sie den Arbeitskreis zum Schutz vom Aussterben bedrohter Tiere ins Leben und gründeten den Arbeitskreis Weißstorch. 1996 wurde das Bad Freienwalder „Haus der Naturpflege" als Museum gestaltet. Die beiden über Achtzigjährigen packten dabei tatkräftig mit zu. Nun bedür-

fen aber Archiv, Ausstellung und Besucher - 1997 waren es 4000 - einer betreuenden Hand. Seit dem Sommer steht für diese Aufgaben eine ABM-Stelle zur Verfügung. Gewiß eine große Hilfe, aber eben vor dem wackligen gesellschaftlichen Hintergrund ein Provisorium, das dem Lebenswerk von Kurt und Erna Kretschmann in dieser Form nicht gerecht wird. Die Auszeichnung Erna Kretschmanns könnte Einsichten befördern, das „Haus der Naturpflege" mit einem festen Anstellungsverhältnis zu fördern.

Wer glaubt, für Erna sei nun der Ruhepunkt in ihrem bewegten Leben erreicht, der irrt. Sie wirkt und wirbt und mobilisiert weiter - zusammen mit Kurt. Sie haben Naturschutz ein Leben lang vorgelebt. Und so wird es bleiben, solange sie leben. Als ihnen 1993 für ihre Naturschutzverdienste der europäische Umweltpreis der Ford-Foundation verliehen wurde, hieß es in der Laudatio: „Kurt und Erna Kretschmann zeigen, man kann alternativ von wenigen hundert Mark im Monat leben, sich als Vegetarier aus dem eigenen Garten ernähren, dabei umweltpolitisch äußerst aktiv sein, den Naturschutz eines ganzen Landes prägen, ohne je ein Auto zu haben und viel bewegen, ohne sich selbst verbiegen zu lassen."



FÜHRER durch die erste
Naturschutz-Ausstellung
des Landes Brandenburg

in Rathenow: Gewerkehofhaus
vom Sonntag, dem 26. 8. bis 5. 9. 1991
(Spezial von 9.00 bis 20.00 Uhr)
Eröffnung: Sonntag, den 26. August 1991, 10.00 Uhr

Speziell für diese Ausstellung stehen für ein zentrales Buch über unseren Naturpark ein Ausstellungsbereich gesondert. Außerdem können Sie sich an der Ausstellung beteiligen. Besuchen Sie die Ausstellung im Rahmen der Naturpflege, um die Natur zu erleben und zu schützen. Besuchen Sie die Ausstellung im Rahmen der Naturpflege, um die Natur zu erleben und zu schützen.

Beachten Sie bitte: Natur und Natur sind nicht zu trennen. Natur ist ein Ganzes. Natur ist ein Ganzes. Natur ist ein Ganzes.

Abb.: StUG

Günther Queißer

Planung und Umwelt im Bezirk Erfurt - persönliche Erfahrungen

In den vergangenen Monaten erreichten das Archiv einige Wortmeldungen zu persönlichen Erfahrungen in der Natur- und Umweltschutzarbeit, die Einblicke in die Arbeit vor Ort, in Entwicklung, Probleme und Ergebnisse geben. Im folgenden wird freundlicher Genehmigung des Autors ein Auszug aus der Zuschrift von Dr. Kurt Weinrich zu seiner langjährigen Tätigkeit im Bezirk Erfurt.

Im Spätsommer 1953 nahm ich im „Büro für Stadt- und Dorfplanung des Bezirkes Erfurt" die Arbeit nach Abschluß des Studiums auf. Die städtebauliche Planung hatte damals drei Schwerpunkte:

- Flächennutzungsplanung (später unter dem Begriff Generalbebauungsplan)
- Planung von Wohngebieten

- Dorfbebauungsplanung unter dem Aspekt Einordnung von Anlagen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)

In Einzelfällen wurden Freiflächenplanungen für Sportanlagen von den Gartenarchitekten ausgearbeitet und Bebauungspläne für Bombenlücken in den Städten aufgestellt.

Die „Charta von Athen“ und die „10 Grundsätze des Städtebaues“ stellten die wissenschaftliche und auf die Praxis bezogene Basis in den Städteplanungsbüros dar. Sie beinhalteten den Schutz der Denkmale und die Einbeziehung der Natur Elemente in die Planung. So war die Verbindung bebauter Flächen mit der Landschaft durch „Grünzüge“ obligatorisch. Diese sollten zugleich die Durchlüftung städtischer Gebiete sichern. Es waren zum Teil großzügige Gebäudeabriss vorgesehen. Die Erhaltung landschaftlicher Schönheiten hatte Priorität.

Sorgen bereitete die Linienführung der Fernstraßen (heute Bundesstraßen) in den Städten und Dörfern. Die Ortsdurchfahrten waren in der Regel mit Gefahrenstellen belegt, hinzu kamen Lärm, Abgase, Staub. Es bestand der Wunsch, die Trassierung aller klassifizierten Straßen im gesamten Bezirk zu überprüfen. Als Grundlage dienten die archivierten Studien der Thüringer Landesplanung. Von 1955-1958 erfolgte die Überprüfung vor Ort unter der Führung des Büros für „Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung“ zusammen mit der Abteilung „Verkehr“ des Rates des Bezirkes und des Büros für Verkehrsplanung des Rates des Bezirkes. Umweltschutzaspekte spielten eine immer größere Rolle. Um die Planungsgruppen bei der Erforschung planungsrelevanter Bedingungen zu unterstützen, wurde 1957 eine Gruppe „Vorplanung“ ins Leben gerufen. Diese hatte vor Beginn aller städtebaulichen Planungen alle erforderlichen Gutachten einzuholen und kartografisch aufzubereiten. Für den noch nicht institutionalisierten Umweltschutz gab es als Partner:

- das Referat Naturschutz bei der Abteilung Landwirtschaft (Schutzgebiete, Schutzobjekte), Nutzung der Landschaftsdiagnose (Lingner)
- den Meteorologischen Dienst Weimar (Windexposition, Kaltluftseen, Sonnenscheinexponierte Gebiete, etc.), Nutzung des Klimaatlases für Thüringen
- das Institut für Balneologie Bad Elster für die Kurortplanung (z.B. Bad Berka, Bad Sulza)
- die Wasserwirtschaftsleitung Erfurt (Quellschutzzonen, Überschwemmungsgebiete); das Hochwasser 1955 im Westen und Nordwesten des Bezirkes wurde von der Gruppe Vorplanung vor Ort erfaßt
- die Bezirksstelle für Geologie Erfurt (Erdfallgebiete, interessante Aufschlüsse, Bodenschätze)
- der Landwirtschaftsrat, Ref. Bodenschätze (hochwertige Bodenflächen, Gartenbau)
- das Museum für Ur- und Frühgeschichte Weimar (Prähistorische Funde und Fundvermutungen)

Daraus erwuchs der Wunsch nach Kartierung aller nutzerspezifischen Vorbehalte einschließlich der technischen Infrastruktur. Nach Anregung des „alten“ Landesplaners Dr. (später Prof.) Hanns Lehmann wurde das „Planungskataster“ als „Neuerer-vorschlag“, in der Folge als DDR-Standard entwickelt.

Nach Gründung des „Büros für Territorialplanung“ Weimar (1965) wurde das Planungskataster doppelt geführt, dann aber seine Fortschreibung im „Büro für Städtebau“ (dazwischen „Büro für Gebiets-, Stadt und Dorfplanung“) eingestellt. Nach meiner Kenntnis wurde nach einem Besuch ungarischer Geografen in Weimar das Planungskataster auch in Budapest eingeführt.

Aus den 70er Jahren

Die „Deutsche Bauordnung“ (DBO) - übrigens in vielen Passagen der Thüringer Bauordnung von 1928 gleichlautend - setzte Maßstäbe, beispielsweise bei Gebäudeabständen zu Verkehrsstraßen und Gewässern, Tierproduktionsanlagen zur Wohnbebauung. Die DBO wurde überarbeitet und nahm stärker Bezug auf landeskulturelle und damit verbunden städtehygienische Aspekte.

Die DBO war geltendes Recht, obgleich seitens der Bauherren und auch der Ratvorsitzenden von Kreisen, Städten und Gemeinden die Bereitschaft zum „Unterlaufen“ stets beobachtet wurde. Das führte in der Regel zu bisweilen heftigen Auseinandersetzungen. Die „Verordnung zur Errichtung und Veränderungen von Bauwerken der Bevölkerung“ (von uns bei der Ausarbeitung im Ministerium für Bauwesen (Dr. Hans Koppitz) mitbeeinflusst), wurde im Bezirk Erfurt durch einen Bezirksratsbeschluss untersetzt. In die Diskussion der Kommissionen des Bezirkstages wurden erstmalig die Kreisvorstände der Natur- und Heimatfreunde (ab 1980 der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR (GNU)) mit einbezogen. Gleiches galt für die „Grundlinie zur Entwicklung von Städtebau und Architektur im Bezirk Erfurt“, wo dem Umweltschutz breiter Raum gewidmet wurde.

Die bezirkliche Baumschutzordnung, Beschluss des Rates des Bezirkes nach einem Vorbild der Stadt Frankfurt/Oder, zeigte unmittelbare Wirkung. Sie wurde durch die zentrale Baumschutzverordnung außer Kraft gesetzt - aber die dort vorhandenen Lücken durch einen erneuten Beschluss des Rates des Bezirkes geschlossen. Die GNU wirkte wieder bei der Beschlussvorlage mit.

Das gilt auch für den Beschluss des Rates des Bezirkes über eine „Garagenbauordnung“ und die „Bungalowbauordnung“. Im Jahr 1976 beschloß der Rat des Bezirkes die Ausarbeitung von „Ortsgestaltungskonzeptionen“ gemäß einem Aufruf des „Bundes der Architekten“ der DDR aus dem Jahr 1975. Im Beschluss und den im

Büro des Bezirksarchitekten erstellten Bearbeitungsempfehlungen (die ersten Erfahrungen aus dem Bezirk Neubrandenburg beachtend), wurde die Mitarbeit der gesamten Dorfbevölkerung gefordert. Die Mitglieder der Natur- und Heimatfreunde sind durch den Bezirksvorstand eindringlich gebeten worden, sich in die Bearbeitungsgruppen der Gemeinden einzubringen. Gerade die Mitglieder sollten ihre Kenntnisse einbringen und bei Differenzen den Bezirksvorstand um Unterstützung bitten. Dieser Aufforderung, sich in den Mitwirkungsprozeß einzubringen, sind leider nur wenige Mitglieder und Vorstände nachgekommen. Das hat den Bezirksvorstand arg betroffen, da man hoffte, durch die Mitwirkung der Natur- und Heimatfreunde und der GNU vor Ort oft jahrelang schwelende Querelen zur Lösung zu bringen. Man muß aber feststellen, daß kaum noch Klagen im Bezirksvorstand anhängig waren.

Die „Ortsgestaltungskonzeptionen“ in der fachlichen Anleitung des „Büros des Bezirksarchitekten Erfurt“, erfaßten die gesamten Ortslagen aller Dörfer und Ortsteile im Maßstab 1:1000 bis max. 2500 (also für den einzelnen Bürger ablesbar). Sie durften von den Gemeinderäten als Arbeitsmittel nur dann beschlossen werden, wenn es nach Offenlegung und persönlichen Aussprachen mit Betroffenen keine Einsprüche mehr gab. Die Begrenzung der Planung auf die Ortslagen brachte Probleme in der Flurmutzung (z.B. bei der Ausweisung biologischer Kläranlagen), so daß der Vorschlag des Büros des Bezirksarchitekten, „Flurgestaltungskonzeptionen“ in Ergänzung zu erarbeiten, beim Rat des Bezirkes, insbesondere in der Arbeitsgruppe Bodenschätze des Landwirtschaftsrates, auf fruchtbaren Boden fiel. Eine Arbeitsgruppe erstellte eine Arbeitsrichtlinie. Bereits 1987 wurden erste Musterplanungen und bis zur Wende eine Reihe von Planungen auf LPG/VEG Ebene durchgeführt und begonnen. Der seit 1985 eingetretene Sinneswandel der Landwirtschaft - ausgehend von den Untersuchungen der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) - mit Betonung einer landeskulturell verträglichen Landwirtschaft wirkte sich erfreulich positiv auf die Landbewirtschaftung aus (Schlageinteilung, Renaturierung verrohrter Gewässer, Wiederherstellung von Feuchtgebieten, Flurholzanbau, aber auch Erhaltung von Streuobstwiesen und Altbäumen, Biotopvernetzung (von Unkräutern zu Ackerwildkräutern, vom „Raubvogel“ zum „Greifvogel“ etc.). Die Landesregierung Thüringen beschloß im Zuge der Wende, daß die Orts- und Flurgestaltungskonzeptionen als Grundlage für Dorferneuerungskonzepte und der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ zu verwenden bzw. durchzuführen und ggf. fortzuschreiben sind.

Auf Anregung der Abteilung Erholungswesen des Rates des Bezirkes wurden bis 1990 für folgende Gebiete großräumige Erholungsplanungen erarbeitet:

- Thüringer Wald (Kreise Arnstadt/Gotha/Eisenach)
- mittleres Ilmtal - (Südkreis Weimar-Land)
- Stadt Erfurt und Umland (erste großräumige Planung für eine Großstadt - übrigens vor Leipzig!)

Landeskulturelle Belange wurden - soweit möglich - berücksichtigt. Die Natur- und Heimatfreunde bzw. GNU-Mitglieder vor Ort haben nach Aufforderung ausnahmslos mitgewirkt.

Aus den 80er Jahren

Aus den Erfahrungen der Gebiets-, Stadt und Dorfplanung erwuchs der Wunsch nach ökologisch wirksamen Gruppen der GNU in den Städten. Als erster Bezirk hatte der Bezirk Erfurt eine Bezirksarbeitsgruppe Stadtökologie begründet. Ihre Aufgabe bestand u.a. darin, in jeder Kreisstadt eine AG Stadtökologie zu schaffen. In der Bezirksstadt gelang dies sofort. Die AG unter Vorsitz von Dr. Heinrich (Medizinische Akademie Erfurt) schaffte in kurzer Zeit arbeitsfähig zu werden - oft mit von den Parteiorganen der SED unerwünschten Aktivitäten. Neben der Gruppe in Potsdam (M. Platzeck) war dies vermutlich die mit dem größten Engagement.⁹

Den Diskussionen über die Einsichtnahme in Umweltdaten wurde vom Bundesvorstand der GNU begegnet, indem während einer zentralen Tagung der Hygienemediziner in Erfurt Zustimmung seitens des Umweltministeriums bei „berechtigtem Interesse“ abgerungen wurde. Prof. Dr. Schuschke/ Magdeburg hatte dabei einen großen Anteil.¹⁰

Weiterhin wurden im Ministerium für Volksbildung persönlich alle - und für jeden Kreisvorstand je ein Exemplar - Anleitungshäfte für die schulische und außerschulische Arbeit an den Schulen und Erweiterten Oberschulen sowie sie den Umweltschutz und die -gestaltung betrafen, beschafft. Insbesondere das Heft „Ökologie“

⁹ Die „Interessengemeinschaft Umweltschutz/Umweltgestaltung“ in Erfurt ist über die gesamte Dauer ihrer Existenz durch das Ministerium für Staatssicherheit intensiv beobachtet worden. Die IG wurde 1984 auf Initiative des Kulturbundes gegründet und bestand bis 1990. Sie untergliederte sich in Arbeitsgemeinschaften für Luftreinhaltung und Lärmschutz, Gewässer- und Bodenschutz, Arten- und Biotopschutz, Öffentlichkeitsarbeit sowie Ordnung und Sauberkeit. Die IG initiierte u.a. eine Schornsteinanalyse für das Gebiet der Stadt Erfurt, eine Flechtenkartierung, ein Projekt zur Verhinderung brennender Mülltonnen in Erfurt, eine Aktion zur Fassadenbegrünung in einem Wohngebiet, Flüßfegeinsätze, Ausstellungen und Veranstaltungen zum Weltumwelttag. Aktivitäten der IG wurden vielfach durch staatliche oder Parteiorgane behindert. Laut einer Recherche des ehemaligen Leiters der IG haben von 1984 bis 1989 über 20 informelle Mitarbeiter Berichte an das MfS über Aktivitäten der IG geliefert.

¹⁰ Die Anordnung zur Gewinnung und Bearbeitung und zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt der DDR von 1982 bewirkte, daß Anfang der achtziger Jahre eine öffentliche Auseinandersetzung über Umweltprobleme in vielen Regionen zurückging. So erfolgte in der Region Dessau-Wittenberg zum Beispiel das Vortragswesen im Natur- und Umweltschutz fast vollständig, da die Vortragswilligen aufgrund der Verordnung verunsichert waren, was sie an Informationen vermitteln durften und was nicht. Es durften alle in Betrieben erhobenen Werte über die Einhaltung oder Nichteinhaltung von Schadstoff-Grenz- und Richtwerten nicht mehr veröffentlicht werden.

für die 12. Klassen der EOS war für die Argumentation im Umweltschutz „Gold wert“. Dort wurden Untersuchungen zu Umweltproblemen mit Meßreihen und Datensammlungen gefordert.

In gutem Kontakt mit den Tageszeitungen „Das Volk“ und „Thüringische Landeszeitung“ (TLZ) konnten Probleme und auch Ergebnisse der Arbeit der GNU-Mitglieder publiziert werden. „Das Volk“ brachte zu allen Jahreskonferenzen der GNU eine 8-seitige Wochenbeilage heraus, deren Aufsätze ausschließlich aus den Reihen der GNU kamen (oft nach größten Bitten geschrieben). Der Redakteur der TLZ, O. Werner, hat mutig Umweltprobleme zur Veröffentlichung gebracht - und auch Maßregelungen erfahren.

Die Mitteilung des Bezirksvorstandes der GNU wurden ohne Pressezensur gedruckt und in der Regel vom Rat des Bezirkes, Abt. Umweltschutz und Wasserwirtschaft, finanziert. Der Versuch, eine Landeskulturkonferenz im Bezirk zu veranstalten, unterblieb allerdings aus Sorge des Ratsvorsitzenden Artur Swatek vor der Kritik seitens des 1. Sekretärs der Bezirksleitung, Gerhard Müller. Zwei Jahre blieben die Bemühungen erfolglos. Die Bezirke Gera und Magdeburg hatten solche Veranstaltungen mit Erfolg praktiziert.

Der Bezirksvorstand nutzte aber die Gelegenheit, ab 1982 themengebundene landeskulturelle Konferenzen zweimal im Jahr in verschiedenen Kreisstädten durchzuführen. Die Ansprechpartner aus Industrie, Land- und Forstwirtschaft, aus Wissenschaft und staatlicher Verwaltung, haben diese Tagungen vorbehaltlos unterstützt. Diese Konferenzen waren stets problemorientiert und hatten heftige Diskussionen zur Folge. Ziel der Beratungen war stets die Durchsetzung des Landeskulturgesetzes im Territorium bzw. im Betrieb.

Bedauert wurde das Nichtgelingen der Kontaktaufnahme mit konfessionellen Umweltgruppen. Die Auflassung gab dazu der Minister für Umweltschutz, Hans Reichelt, Mitte der 80er Jahre. Eine Vereinbarung mit dem Bezirksvorstand der CDU sollte beihilflich ein, zumal der Zentralvorstand der CDU sich zu einer aktiven Umweltpolitik bekannte. Eine Schrift der zentralen Schulungsstätte Burgscheidungen zum Umweltschutz setzte sichtbare Zeichen.

Letztlich hat man im Bezirk Erfurt 1968 den 2. Landschaftstag in der DDR abgehalten mit dem Ergebnis, daß es danach jährlich solch einen Tag auf Bezirksebene gab. Sogar in den Kreisen wurden örtliche Landschaftstage durchgeführt. Auf Bezirksebene ruhten diese Veranstaltungen auf drei Schultern:

- Rat des Bezirkes, Ratsbereich Umweltschutz und Wasserwirtschaft
- Rat des Bezirkes, Abt. Erholungswesen
- Bezirksleitung des Kulturbundes mit Bezirksvorstand der GNU

Von Bedeutung war der Landschaftstag „Erfurt und Umland“, der die beiden Räte wie nie zuvor an einen Tisch brachte mit dem Resultat, daß sich die Zusammenarbeit spontan verbesserte. Die Wende hat leider eine Wiederholung verwehrt (der „Kragenkreis“ Erfurt-Land ist aufgelöst, die Erweiterung des Territoriums der Landeshauptstadt hat nicht alle intensiven Stadt-Umland Beziehungen berücksichtigt).

Die bezirklich organisierten Landschaftstage erfaßten den „Thüringer Wald“ und den „Harz“ (gemeinsam mit den Bezirken Suhl und Gera bzw. Magdeburg und Halle) sowie die Stadt Erfurt und Umland.

Alles ist im Interesse der Verbesserung der Umweltbedingungen geschehen. Belohnt wurde das Engagement mit der Berufung als Lehrer für Umweltschutz an die Ingenieur-Schule für Veterinärmedizin auf Schloß Beichlingen. In Vorbereitung eines neuen zentralen Heizwerkes wurde gegen anfänglichen harten Widerstand eine Rauchgasentschwefelungsanlage in das vorliegende Projekt eingearbeitet. Es kam allerdings nicht mehr zur Ausführung.

Fazit: Umweltschutz in der DDR verlangte Hartnäckigkeit und volle Identifikation mit Überzeugungskraft sowie offene und ehrliche Verhandlungsfähigkeit.

Dr. Kurt Weinrich

(Der Autor, geb. 1926, ist heute im Förderverein Schloß Beichlingen e.V./Freistaat Thüringen aktiv tätig und kümmert sich um Restaurierung und Sanierung des Schlosses Beichlingen.)

Neuerscheinung aus dem IUGR - Studienarchiv Umweltgeschichte

Hermann Behrens

Von der Landesplanung zur Territorialplanung - Zur Entwicklung der räumlichen Planung in der SBZ/ DDR von 1945 bis Anfang der 60er Jahre

[Umweltgeschichte und Umweltzukunft V, Forum Wissenschaft Studien 41] Marburg 1997, 227 S., 28,- DM, ISBN: 3-924684-76-6

Mehr als sieben Jahre sind nunmehr seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vergangen. Im Rückblick sind sieben Jahre eine sehr kurze Zeit, in der dennoch entscheidende Weichen für eine Neuorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft in den neuen Bundesländern gestellt worden sind. Eine Neuorientierung weg vom Staatssozialismus mit einer in strenger Hierarchie organisierten zentralstaatlichen Planung und Leitung unter Führung der SED und mit überwiegend staat-

lichem Eigentum an Produktionsmitteln, ergänzt um genossenschaftliches Eigentum, hin (oder auch zurück) zu einem marktwirtschaftlichen (kapitalistischen) System auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln, einer parlamentarischen Demokratie und einem föderalistischen Staatsaufbau. Die Installierung der alten neuen Produktionsweise wurde in den neuen Bundesländern folglich begleitet von einer grundlegenden, z.T. restaurativen Veränderung der Eigentums- und Rechtsgrundlage.

Wohl alle ehemaligen DDR-Bürger und Bürgerinnen sind betroffen von diesem Wandel. Für manche von ihnen war es der zweite grundlegende Verwandlungsprozeß einer ganzen Gesellschaft. Und der erste Verwandlungsprozeß dauerte un wesentlich länger als der jetzige: Innerhalb von wenigen Jahren vollzog sich der Wandel vom kapitalistisch verfaßten deutschen Faschismus („Drittes Reich“) hin zum ersten „sozialistischen Versuch“ auf deutschem Boden, der 1949 „Deutsche Demokratische Republik“ heißen sollte. Auch damals vollzogen sich die wesentlichen und ebenso tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft in nicht viel mehr als sieben Jahren, zwischen 1945, dem Sieg der Alliierten über den Hitlerfaschismus, über 1949, dem Jahr der Währungsunion und der Gründung der BRD und der DDR, bis hin zum Jahr 1952, der territorialen und politisch-administrativen Neugliederung der DDR in Verbindung mit dem Wechsel des gesellschaftspolitischen Leitbildes von der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ zum „Aufbau des Sozialismus“.

Im vorliegenden Band wird ein winziger thematischer Ausschnitt dieser Zeit dargestellt, nämlich die Entwicklung der räumlichen Planung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später der frühen DDR von den ersten Wiederanfängen als Landesplanung nach dem Ende des Krieges bis zur Territorialplanung Anfang der 60er Jahre.

In den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), insbesondere in Sachsen, gab es eine z.T. langjährige Tradition der Landesplanung. Unmittelbar nach dem Kriegsende wurde von den wenigen „übriggebliebenen“ Landesplanern versucht, die räumliche Planung wieder in Gang zu bringen. Es entstanden wieder Landesplanungsstellen, unter deren Dach bemerkenswerte Planungsarbeiten durchgeführt wurden.

Es gab bis 1952 z.T. intensive Versuche seitens der „alten“ Landesplaner, gemeinsam auch mit Verantwortlichen in der Deutschen Wirtschaftskommission, dem Ministerium für Aufbau und dem Ministerium für Planung bzw. der Staatlichen Plankommission, für die Landesplanung unter den spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen der DDR einen Aufgabenzuschnitt, eine gesetzliche Grundlage und eine politische Legitimation zu finden. Diese Versuche fanden in einem spannungsreichen gesellschaftlichen Umfeld statt.

Die „alte“ Landesplanung hörte bekanntlich mit der faktischen Auflösung der Länderstruktur in der DDR 1952 auf zu existieren. In einem mehrjährigen Diskussions-

und Institutionalisierungsprozeß entstand, theoretisch „gespeist“ aus zwei Quellen, eine eigenständige Territorialplanung in der DDR. An ihrer Entstehung wirkten „alte“ Landesplaner engagiert mit.

In der vorliegenden Veröffentlichung wird der Weg der räumlichen Planung in der SBZ/DDR im Zeitraum 1945 bis ca. 1960 detailliert nachgezeichnet. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die handelnden Personen gelegt.

Die Aufarbeitung der Geschichte der räumlichen Planung ist aus mehreren Gründen aktuell:

1. Zur Selbstverständigung der Raumplaner in den neuen Bundesländern, darunter viele, die als Territorialplaner in der DDR arbeiteten.
2. Zur Analyse des Ursachen- und Entstehungszusammenhangs räumlicher Disparitäten in den neuen Bundesländern, denn viele der heutigen Anpassungsprobleme der raumstrukturellen Entwicklung zwischen den alten und den neuen Bundesländern können „durch eine gezielte Aufbereitung der bisher geübten Raumplanung und Raumforschung in den postsocialistischen Ländern Europas in ihren historischen Ursachen nachgewiesen und verständlich gemacht werden. Dadurch wird eine unabdingbare Voraussetzung für eine konstruktive Lösung der rezenten und perspektivischen räumlichen Entwicklungsprobleme geschaffen.“¹¹
3. Zur Beantwortung der Frage nach der Rolle der Umwelt (der Naturgrundlagen der Produktion) in der räumlichen Planung der DDR
4. Für die Erforschung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Raumordnung in verschiedenen Gesellschaftssystemen.

„Von der Landesplanung zur Territorialplanung“ erscheint als 5. Band der Reihe „Umweltgeschichte und Umweltzukunft“. Der Band gehört zu den Ergebnissen des von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Projektes „Studienarchiv Umweltgeschichte“

Aus dem Inhalt: Organisation, Struktur, Aufgaben und Leistungen der Landesplanung bis zur Auflösung der Länderstruktur 1952; Landesplanungsgemeinschaften in der SBZ; Entstehungs- und Begründungszusammenhang der Territorialplanung in der DDR; Fachliche Querbezüge am Beispiel der „Landschaftsdiagnose der DDR“; Zum Umgang mit dem „Erbe“: Leitbilder ohne Übergang in der räumlichen Planung der SBZ/DDR?

¹¹ Casper, D./Kehrer, G./Menge, W./Scherf, K./Winkel, R.: Raumplanung und Raumforschung in der DDR - Gegensätze und Unterschiede, Analogien und Gemeinsamkeiten zur Raumplanung und Raumforschung in der BRD. Thesen zur Arbeitstagung der Fachgruppe Geographie und Raumplanung der Gesellschaft für Deutschlandforschung e.V. am 7.11.1996 in Berlin, S.2 (im folgenden Casper u.a.)

Vorankündigung

Naturschutz in den neuen Bundesländern - ein Rückblick

Als 6. Band der Reihe „Umweltgeschichte und Umweltzukunft“ erscheint in Kürze der Band „Naturschutz in den neuen Bundesländern - ein Rückblick“. 33 Autoren beteiligten sich an der ersten Aufsatzsammlung zur Geschichte des Naturschutzes in der DDR/ den neuen Bundesländern.



Exkursion der brandenburgischen Naturschutztagung am Straupitzer Weinberg (1968)
Foto: K.-H. Großer

Inhalt: **Naturschutz 1945 bis Anfang der 60er Jahre, Ehrenamtlicher Naturschutz:** Ehrenamtliche Naturschutzhelfer, Ornithologie, Botanik, Weißstorchschutz, Dendrologie und Gartenarchitektur; **Ehrenamtlicher Naturschutz - lokale und regionale Beispiele;** BFA Entomologie Magdeburg, BFA Ichthyofaunistik Halle, Naturschutz in der Altmark, Naturschutz und Landeskultur in der Börde, FG „Faunistik und Ökologie“ Staßfurt, Biologischer Arbeitskreis „Alwin Arndt“, **Wissenschaftlicher und beruflicher Naturschutz:** Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz und ILN-Arbeitsgruppen Greifswald, Jena und Halle, Zentrale Lehrstätte für Naturschutz Müritzhof, Naturschutzstationen und Naturschutzwege, Zentrale für Wasservogelforschung der DDR, Zeitschrift „Der Falke“; **Schutzgebiete:** NSG-System, Landschaftstage und Landschaftspflegepläne, Naturschutzstrategie in den 80er

Jahren; **Nationalpark-Programm;** Nationalparkbestrebungen bis 1989, Nationalparkprogramm 1989/90; **Schutzgebiete - lokale und regionale Beispiele;** Müritz-Seen-Park, Biosphärenreservat Mittlere Elbe, Sächsische Schweiz, Nationalpark Hochharz, „Grünes Band“, NSG Tagebau Zechau, **Anhang:** Naturschutzmuseum Bad Freienwalde, Aus dem Studienarchiv Umweltgeschichte
Autoren: Auster, Behrens, Donat, Donath, Gandert, Gilsenbach, Hemke, Hentschel, Hiekel, Hobusch, Hoese, Illig, Kaatz, E. Kretschmann, K. Kretschmann, Klafs, Krummsdorf, Maaß, Martin, Müller, Müller-Helmbrecht, Rutschke, Schlimme, Reichhoff, Rösler, Schlosser, Sykora, Wächter, Weber, Wegener, Weinitschke, Zimdahl, Zupke

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung (Hrsg): Naturschutz in den neuen Bundesländern - Ein Rückblick; Redaktion: R. Auster/H. Behrens; Umweltgeschichte und Umweltzukunft VI; Forum Wissenschaft Studien Bd. 45; ISBN 392468460-X, BdWi-Verlag Marburg 1998, 2 Halbbände, ca. 700 S., 49,50 DM.

Rezensionen

Rolf Weber/Albrecht Demming

**Geschichte des Naturschutzes im sächsischen Vogtland
Von den Anfängen bis zur Gegenwart**

Mit diesem Band liegt wohl eine der ersten umfassenden Regionaldarstellungen zur Geschichte des Naturschutzes in den neuen Bundesländern vor. Rolf Weber, langjähriger Kreisnaturschutzbeauftragter des Kreises Plauen und Albrecht Demming, Naturschutzbeauftragter der Stadt Plauen haben die Entwicklung des Naturschutzes im sächsischen Vogtland von den Anfängen bis in die 90er Jahre nachgezeichnet.

Eingangs skizzieren die Autoren die Besiedlung, die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Vogtlandes bis zum 19. Jahrhundert sowie sich daraus ergebende Umweltbelastungen.

Ende des 19. Jahrhunderts setzten erste Naturschutzbemühungen ein. Allerdings gab es anfangs nirgends gezielte Maßnahmen, da vor allem gesetzliche Grundlagen fehlten. Mit den Reichsvogelschutzgesetzen von 1888 und 1908 lagen zwar erste rechtliche Regelungen vor. Naturschutzforderungen waren in diesen Gesetzen allerdings nur bedingt berücksichtigt - Vögel wurden noch in für den Menschen „nützliche“ und „schädliche“ unterteilt, wobei zu letzteren auch damals bereits selten gewordene Greifvogelarten zählten.

1923 wurde die „Sächsische Pflanzenschutzverordnung“, die alle Orchideenarten und 23 Einzelarten unter Schutz stellte, erlassen. 1934 folgte das „Gesetz zum Schutz von Kunst-, Kultur- und Naturdenkmälern“ (Sächsisches Heimat-

schutzgesetz). Auf Grundlage des Sächsischen Heimatschutzgesetzes und des Reichsnaturschutzgesetzes von 1935 stellte man im Vogtland zwischen 1938 und 1943 eine Reihe von Gebieten und Naturdenkmälern unter Schutz, so das NSG Triebtal, die Umgebung der Talsperre Pirk, das Syrtal und Burgsteingebiet, insgesamt 52 Naturdenkmale sowie 12 NSG und geschützte Landschaftsteile.

Ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter für die Kreise Plauen-Land und Plauen-Stadt wurde Studienrat Dr. Walter Langer, der im März 1944 seine Tätigkeit aufnahm. Langer war zuvor schon als ehrenamtlicher Vertrauensmann für Heimatschutz tätig. Diese konnten entsprechend den Festlegungen des Sächsisches Heimatschutzgesetzes von 1934 eingesetzt werden.

Im Vereinsleben zeichneten sich zwischen 1875 und 1930 mehrere Etappen ab. Zunächst entstanden Vereine, deren Aktivitäten sich auf die ästhetische Erkundung und die Erschließung der vogtländischen Landschaft richteten, wie „Gemeinnütziger Verein Plauen“, „Verein der Naturfreunde Plauen“, „Vogtländischer Touristenverein“, „Verband vogtländischer Gebirgsvereine“.

Um die Jahrhundertwende entstanden mit der „Naturwissenschaftlichen Vereinigung“, der „Entomologischen Vereinigung“ und einem Zweigverein des „Bundes für Vogelschutz“ Organisationen, die überwiegend populärwissenschaftlich wirkten.

In den 20er Jahren kam es zur Gründung der „Geologischen Vereinigung“, der „Vogtländischen Gesellschaft für Naturforschung“ und der „Arbeitsgemeinschaft für vogtländische Pflanzenkartierung“, die wissenschaftliche Grundlagenforschung im Gesamtvogtland betrieben.

Neben den regionalen Vereinen wurde auch der 1908 gegründete Landesverein „Sächsischer Heimatschutz“ im Vogtland aktiv, der um 1930 35.000 Mitglieder in Sachsen hatte.

Auf die Gleichschaltung der Vereine in der NS-Zeit wie die politische Einbindung des Naturschutzes in das NS-System gehen die Autoren nicht näher ein.

Die Naturschutzarbeit kam nach 1945 in der SBZ nur punktuell und zögerlich in Gang. In Plauen wurden Naturschutzbemühungen zunächst durch Langer fortgeführt, obwohl er im Zuge der Entnazifizierung vom Schuldienst suspendiert worden war. Langer erfaßte verschiedene Naturdenkmale, diese erhielten überwiegend jedoch erst nach Inkrafttreten des Naturschutzgesetzes von 1954 einen offiziellen Schutzstatus.

Während das 1936 gegründete „Sächsische Heimatwerk“ als NS-Organisation 1945 verboten wurde, durfte der Landesverein „Sächsischer Heimatschutz“ nach

1945 trotz seines „bürgerlichen“ Charakters seine Tätigkeit zunächst wieder aufnehmen. Diese wurde jedoch zunehmend behindert, so daß der Verein nicht mehr arbeitsfähig war. Der Verein wurde aber weder verboten noch löste man ihn satzungsmäßig auf.

Sowohl bei Behörden als auch bei den im Naturschutz Tätigen gab es Unklarheiten zur rechtliche Lage im Naturschutz. Das Reichsnaturschutzgesetz galt zwar fort, wurde aber vielfach als in der NS-Zeit erlassenes Gesetz in den Verwaltungen nicht anerkannt. Die Landesregierung Sachsen erließ 1951 eine Verordnung über die Weitergeltung und Erweiterung von Naturschutzbestimmungen.

Die erste naturschutzrelevante Maßnahme der DDR-Regierung war die „Verordnung zum Schutz der Hecken und Feldgehölze“. Die Verordnung löste große Pflanzaktionen aus, wobei besonders schnellwüchsige Pappelhybriden gepflanzt wurden. Nach der Kollektivierung der Landwirtschaft entstanden jedoch immer größere Schläge, was mit der zunehmenden Rodung von Hecken und Feldgehölzen einherging.

Nach Inkrafttreten des Naturschutzgesetzes von 1954 vergrößerte sich die Zahl der Schutzgebiete im sächsischen Vogtland. Die Anzahl der NSG stieg von vier auf 19. Zwischen 1954 und 1989 wurden sieben Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Der Sicherung von Erholungsräumen schenkte man verstärkt Aufmerksamkeit. So wurde bereits wenige Wochen nach Baubeginn der Talsperre Pöhl ein 2300 ha großes LSG einstweilig gesichert. Gleichzeitig unterband man im Abstand von 500 m von der späteren Wasserlinie jeglichen Grundstücksmarkt und ließ keinerlei private Bauten zu. Durch den Landschaftsarchitekten W. Bauch wurde ein Flächennutzungsplan erstellt, der Campingplätze und Wochenendhaussiedlungen auf bestimmte Standorte konzentrierte. Auch wenn später Wochenendhaussiedlungen sich weiter ausbreiteten, was teilweise zu negativen Erscheinungen führte, wurde erstmals gesichert, daß ein für die Erholung gut geeignetes Gebiet nicht zersiedelt wurde und die Uferzone frei zugänglich blieb.

In Ergänzung des Naturschutzgesetzes von 1954 wurden 1955 die Anordnungen zum Schutz wildwachsender Pflanzen, zum Schutz von nichtjagdbaren Tieren und zum Schutz der Vögel erlassen. Dank des dadurch möglichen strengen Schutzes habe einige Arten ihre Bestandsdichte erhalten oder vergrößern können. So wurde der seit 1860 infolge rigoroser Verfolgung im Vogtland verschwundene Uhu seit 1965 wieder ständiger Brutvogel im Gebiet.

Die 1970 erlassene Artenschutzverordnung unterschied sich allerdings kaum von den Anordnungen von 1955. Die Artenlisten waren nahezu unverändert, obwohl die Zeit längst herangereift war, diese wegen des starken Rückgangs vieler Sippen infolge der Intensivierung der Landwirtschaft zu aktualisieren. Eine Aktuali-

sierung des Artenschutzes brachte erst 14 Jahre später die Artenschutzverordnung von 1984.

Das Naturschutzgesetz von 1954 regelte, daß die zentrale Naturschutzverwaltung dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zugeordnet wurde, was bis 1989 so blieb. Analog waren die Verhältnisse in den Bezirken. Im damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt nahm die Abteilung Forstwirtschaft die Naturschutzverwaltung wahr. Die Situation in den Kreisen war völlig unterschiedlich. Im Laufe der Jahrzehnte wurde diese Funktion im Landkreis Plauen verschiedensten Ressorts zugeordnet (Volksbildung, Kultur, Inneres, Verkehrswesen, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft). Diese Situation änderte sich erst in den 70er Jahren, als in der DDR - wie in vielen Ländern Europas - der Umweltschutz ein eigenes Ministerium erhielt. Seit 1974 gab es im Kreis Plauen erstmals einen hauptamtlichen Beauftragten für Landeskultur und Umweltschutz im Ratsbereich Verkehrswesen, Energie, Wasserwirtschaft und Umweltschutz. Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich ein ständiger und enger Kontakt des KNB zur Kreisverwaltung. Nach den Kommunalwahlen 1979 wurde eine eigenständige Abteilung Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Erholungswesen gebildet. In den meisten Kreisen blieb allerdings der Naturschutz bei der Landwirtschaft. Der KNB des Kreises Plauen machte jedoch seine weiter ehrenamtliche Tätigkeit von der Zuordnung zum Umweltschutz abhängig, was toleriert wurde. Am 1. Januar 1990 wurden endlich auf allen Ebenen Umweltschutz und Naturschutz zusammengeführt.

Bis Mitte der 70er Jahre standen dem KNB des Kreises Plauen kaum sachkundige Partner im Rat des Kreises zur Seite. So übernahm der KNB Aufgaben, die eigentlich Sache der staatlichen Verwaltung gewesen wären. Diese „Amtsanmaßung“ hat jedoch niemanden gestört oder geschadet. Die größten Schwierigkeiten gab es mit Funktionären der Landwirtschaft, von denen die meisten darauf bedacht waren, strikt die staatlichen Vorgaben zur Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft durchzusetzen. Günstig wirkte sich aus, daß der KNB Mitglied im Jagdbeirat des Rates des Kreises, in der Ständigen Kommission des Kreistages für Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Erholungswesen sowie im Kreisaktiv für Denkmalpflege war und in diesen Gremien die Belange des Naturschutzes wahrnehmen konnte.

Die wissenschaftliche Beratung der Naturschutzarbeit und fachliche Anleitung der Naturschutzbeauftragten erfolgte durch die Arbeitsgruppe Dresden des Institutes für Landschaftsforschung und Naturschutz. Sie wurde von 1954-1958 von dem Entomologen Prof. Dr. Karl Jordan (1988-1972) und von 1959-1985 von Dr. Hans Schiemenz (1920-1990) geleitet. Die Arbeitsgruppe wirkte wissenschaftlich vor allem auf entomologischem, herpetologischem und tierökologischem Gebiet. Mit im Durchschnitt nur drei Wissenschaftlern war die Arbeitsgruppe bei der Fülle der Aufgaben stark unterbesetzt. Nachfolger von Dr. Schiemenz wurde Dr. Rolf Steffens.

Die Arbeit der Vereine fand nach 1945 nunmehr unter dem Dach des Kulturbundes statt. Schon Ende 1945 wurde von dem bürgerlich-liberalen Buchhändler Walter Lüdicke eine Ortsgruppe Plauen des Kulturbundes gebildet. Diese stand den Mitgliedern der naturwissenschaftlichen und heimatkundlichen Vereine zunächst für Fachgruppenarbeit nicht offen. Erst dem Bemühen des Bundessekretärs Karl Kneschke war es zu danken, daß sich die „Natur- und Heimatfreunde“ etablieren durften und seit 1950 im Kulturbund eine Heimstatt erhielten. Die Zielsetzungen der Natur- und Heimatfreunde machten deutlich, daß es ein Wirken im Sinne der früheren bürgerlichen Vereine nicht mehr geben würde.

Trotz der zentralistischen Struktur des Kulturbundes gelang es, positive Erfahrungen früherer Vereinsarbeit zu bewahren. So wurden von 1955 bis 1990 in Anlehnung an Traditionen der 20er und 30er Jahre gesamtvoigländische Tagungen durchgeführt. Ähnlich wie die „Vogtländische Gesellschaft für Naturforschung“ veranstaltete der 1956 gegründete „Arbeitskreis vogtländischer Botaniker“ alljährlich eine



Mitglieder der Fachgruppe Naturschutz beim Fachsimpeln (1965): v.r.n.l. Karl Dannhauer, (Leiter FG Ornithologie und Botanik (1950-1966)); Kurt Schubert, Leiter FG Ornithologie und Botanik (1966-1975); Curt Wetzel, (KNB Plauen-Stadt u. Land 1952-1958); Albrecht Demming, (Leiter FG Natur-schutz 1965-1989, KNB Plauen-Stadt seit 1960); Rolf Weber, (Leiter AK Vogtländischer Botaniker 1957-1990, KNB Plauen-Land 1959-1994)
Foto: Archiv Weber

Frühjahrstagung sowie Exkursionen. Die Natur- und Heimatfreundebewegung hat im Vogtland eine vielseitige Arbeit in vielen Fachbereichen geleistet, auch im Naturschutz, doch insgesamt war die Akzeptanz außerhalb des Kulturbundes gering. Die Bezeichnung „Natur- und Heimatfreunde“ war für viele Außenstehende suspekt, verbanden sie damit häufig „Heimattümelei“. Dies änderte sich erst mit der 1980 gegründeten Gesellschaft für Natur und Umwelt. Allerdings wurde sie als staatlich verordnete und bestehenden Strukturen aufgesetzte Umweltorganisation nicht uneingeschränkt akzeptiert, da sich in ihren Leitungsgremien auch der bisherigen Natur- und Umweltschutzbewegung ferne Personen etablierten.

In der „Wendezeit“ spielten auf den wöchentlichen Demonstrationen und Foren und in Versammlungen Fragen des Umwelt- und Naturschutzes eine wichtige Rolle. Diskutiert wurden vor allem durch Landwirtschaft und Industrie verursachte Umweltprobleme, so vom „VEB Sächsische Zellwolle Plauen“ verursachte Belastungen. Diese Aktivitäten bekamen eine überregionale Bedeutung, als sich am 18. Oktober die Plauener Fachgruppe Ornithologie und Vogelschutz mit einem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten Stoph wandte. Die Ornithologen baten, die Umweltsituation der DDR neu zu überdenken und stellten einen 10 Punkte umfassenden Forderungskatalog auf. Der Ministerrat reagierte auf die Eingabe durch ein Gespräch mit der Kreisgruppe Plauen. Die politische Entwicklung vollzog sich dann aber so rasant, daß das dort Gesagte nicht mehr umsetzbar war.

Die Autoren stellen fest, daß viele Forderungen der Wendezeit inzwischen kein Thema mehr sind. Andere haben sich durch den wirtschaftlichen Niedergang oder durch die neue gesetzliche Lage erledigt. Es gibt aber nach wie noch ungelöste Probleme wie der erschreckend hohe Landschaftsverbrauch.

Nach 1990 kam es zu einer umfassenden Neustrukturierung des staatlichen, wissenschaftlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes, den die Autoren ausführlich darstellen.

Wichtigster Erfolg des Naturschutzes im Vogtland in der Wendezeit war die Sicherung einer Reihe von NSG im ehemaligen Grenzsperrgebiet, die Unterschutzstellung eines „Grünen Bandes“. Die Zahl der NSG stieg seit 1990 von 19 auf 30. Dieser Zuwachs ist besonders ehemaligen militärischen Liegenschaften längs der sächsischen Grenze zu Bayern und der Tschechischen Republik zu verdanken. ra

Der Band ist als Heft 61 in der Schriftenreihe des Vogtland-Museums erschienen. Er kann bezogen werden über: Vogtland-Museum, Nobelstr. 9-13, 08523 Plauen, 15,-DM + Porto.

Erich Rutschke Adler im Aufwind

Zu Anfang dieses Jahrhunderts war Deutschlands Wappenvogel fast ausgestorben. Heute kreisen in den Wäldern Brandenburgs und Mecklenburgs mehr Adler als je zuvor. In „Adler im Aufwind“ begibt sich Erich Rutschke auf Spurensuche nach den Gründen für diese Entwicklung. Rutschke stellt Biologie und Verhalten von Seeadler, Fischadler und Schreiadler vor. Nebenbei wird über die Geschichte ihrer Verfolgung und ihres Schutzes berichtet und einige derer vorgestellt, die sich um Erforschung und Schutz der Adler verdient gemacht haben. Rutschkes Buch ist so auch ein Stück spannender Naturschutzgeschichte, denn deutlich wird: die Rettung der Adler erfolgte nicht im Selbstlauf, sondern ist Ergebnis erfolgreichen Zusammenwirkens von ehrenamtlichen und behördlichen Schutzbestrebungen, von Naturschutzforschung, engagierten praktischen Naturschutzmaßnahmen und strengen Schutzbestimmungen.

Zwar wird nach wie vor zu Recht über Naturzerstörung und Verlust biologischer Vielfalt geklagt. Das Beispiel der Adler zeigt aber auch, was erreicht werden kann, wenn sich ein Sinneswandel vollzieht. Die Adler sind für Rutschke ein Beispiel, daß Naturschutz und technische Entwicklung sich nicht ausschließen müssen, sondern verbinden lassen. Künstlich angelegte Fischadlerhorste auf Starkstrommasten sind heute kein seltener Anblick mehr. So hat die Elektrifizierung des Landes dazu beigetragen, die Wiederbesiedlung der in Brandenburg fast ausgerotteten Fischadler zu begünstigen. Dies sei ein lehrreiches Beispiel für die Wechselbeziehung zwischen Natur und Technik und dem vielfach noch immer unzureichenden Wissen über ökologische Ansprüche von Tierarten in der vom Menschen gestalteten Umwelt. ra

Erich Rutschke: Adler im Aufwind; Stapp-Verlag Berlin 1997, 136 S., ISBN 387762808, 34,- DM

Kerstin Kretschmer Braunkohle und Umwelt

Zur Geschichte des nordwestsächsischen Kohlenreviers (1900-1945)

Die Industrialisierung des nordwestsächsischen Braunkohlenreviers bewirkte außerordentliche Umweltveränderungen. Orte wie Mölbitz, Espenhain oder Böhlen sind Synonym für ein gestörtes Mensch-Umwelt-Verhältnis. Das nordwestsächsische Braunkohlenrevier gehörte bis 1990 zu den europäischen Gebieten, die die größten Umweltbelastungen aufwiesen.

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie erstreckt sich über drei politische Systeme. Es wird herausgearbeitet, in welchen Etappen Landschaftsveränderungen und Umweltbeeinträchtigungen neue Stufen erreichten und wie gesellschaftliche Kräfte auf diese Erkenntnisse reagierte. Zahlreich dokumentierte Konflikte legen den Schluß nahe, daß sich Umweltinteresse zumeist als konkurrierendes Nutzungsinteresse manifestierte.

Die Untersuchung zeigt, daß die Wurzeln der sich seit den 70er Jahren dramatisch zuspitzenden Situation in der Leipziger Industrieregion bereits im Industrialisierungsprozeß selbst liegen. Im nordwestsächsischen Industriegebiet koppeln sich die umweltgeschichtlichen Entwicklungsetappen erstaunlich eng an historische politische Zäsuren. Die Autorin stellt fest, daß neuartige Umweltbelastungen in der Region an die Durchsetzung der chemischen Verarbeitung von Braunkohle zu Heizöl im Interesse der Kriegsführung des deutschen Kaiserreiches gekoppelt waren. Der Bedarf an Elektroenergie wurde ebenfalls durch den ersten Weltkrieg gesteigert. Die Kriegswirtschaft erzeugte eine steigende Nachfrage nach Elektroenergie, der durch Kapazitätserweiterungen Rechnung getragen wurde. Einmal geschaffene Strukturen wurden nach Kriegsende nicht aufgelöst, sondern zogen weitere Industrieansiedlungen nach sich. Eine weitere Zäsur gab es 1933. Der Wirtschaftsstandort Mitteldeutschland wurde zu einem hochrangigen Planungsfaktor der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik. Die Verfasserin kommt zu dem Schluß, daß im Untersuchungszeitraum ökonomische und soziale Fragen eindeutig vor ökologischen dominieren.

Aus dem Inhalt: Zur Geschichte Nordwestsachsens und der Braunkohleindustrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Industrialisierung und Umweltprobleme im Leipziger Südraum. Ausdehnung der Umweltschäden im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik. Entwicklung der Umweltprobleme durch Tagebaue und Braunkohleerveredlung. Konflikte um Wasserentziehung, Wasserverschmutzung und Luftverschmutzung. Wirtschaftliche Kriegsvorbereitung und Zweiter Weltkrieg. ra

Kerstin Kretschmer: Braunkohle und Umwelt, Verlag Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, /M., Berlin, New York, Paris Wien, 1998 246 S., 5. Abb., 3. Tab., Europäische Hochschulschriften: Reihe 3 Geschichte und Hilfswissenschaften, Bd. 768. ISBN 3-631-32804-4, brosch. 69,- DM

Das neue Bau- und Raumordnungsrecht 1998. Textausgabe Mit einer Einführung von Prof. Dr. Bernhard Stürer

Am 1.1.1998 trat das Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuches und zur Neuregelung des Rechts der Raumordnung (Bau- und Raumordnungsgesetz 1998 – BauROG) vom 18.8.1997 in Kraft. Das Gesetz enthält im Art 1 umfangreiche

Änderungen des Baugesetzbuches. Art 2 BauROG enthält ein neues Raumordnungsgesetz (ROG). Das Raumordnungsgesetz in der bisherigen Fassung und das Maßnahmenengesetz zum Baugesetzbuch treten mit Inkrafttreten des BauROG außer Kraft. Außer Kraft treten somit auch endlich die seit 1990 bestehenden Sonderregelungen für die neuen Länder. Die weiteren Artikel enthalten Änderungen anderer Gesetze. Von besonderer Bedeutung für den Naturschutz ist dabei der Versuch der Integration der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in das BauGB. Sie findet in §1a BauGB eine neue rechtliche Grundlage. Waren die naturschutzrechtlichen Regelungen in der Bauleitplanung bisher in den §§ 8a bis 8c Bundesnaturschutzgesetz enthalten, ist nun zumindest teilweise ein Regelungs-transfer in das BauGB erfolgt. In der neuen Überschrift des §1a BauGB („umweltschützende Belange in der Abwägung“) wird dabei bereits deutlich, daß der „Baurechtskompromiß“, der auf einen Ausgleich zwischen Bauleitplanung und Naturschutz abzielt, fortgeschrieben wird. Es bleibt daher bei dem gewohnten Unterschied zwischen der vom Grundsatz strikt bindenden Eingriffsregelung in §8 Bundesnaturschutzgesetz einerseits und der von Abwägung geprägten Bewältigung der naturschutzrechtlichen Eingriffe in die Bauleitplanung andererseits. Im Abwägungsprozeß ist bekanntlich bisher die Position des Naturschutzes schwach, er gilt überwiegend als Hemmschuh wirtschaftlicher Entwicklung, als deren Hauptmotor gemeinhin privatwirtschaftliche Investitionen begriffen werden und dem „scheuen Reh Kapital“ scheinen Naturschutzziele nicht viel zu bedeuten.

Geblichen ist die eigene naturschutzrechtliche Regelung in §8a BNatSchG für das Verhältnis zum Baurecht. Wichtig bleibt demnach, Naturschutzziele zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt in den Prozeß der Bauleitplanung einzubringen, da für Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und während seiner Planaufstellung die Eingriffsregelung weiterhin nicht anwendbar ist, ebenso nicht für den unbeplanten Innenbereich nach §34 BauGB. Anwendbar ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung bei Vorhaben im Außenbereich (§35 BauGB) sowie für Bebauungspläne, die eine Planfeststellung ersetzen.

Spät und vielerorts zu spät wurde dem Wuchern der Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ eine rechtliche Regelung entgegengesetzt, für die ab einer Geschoßfläche ab 5000 qm nunmehr eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig wird.

Der Band enthält den vollständigen Text des Baugesetzbuches in der nun geltenden Fassung, das neue Raumordnungsgesetz und die neugefaßten §8a BNatSchG und §47 Verwaltungsgerichtsordnung, der ergänzt wurde. hb

Das neue Bau- und Raumordnungsrecht 1998. Textausgabe; München 1997, 184 S., ISBN: 3-406-43446-0, 24,80 DM

Annim Rosenbach

Eigentumsverletzung durch Umweltveränderung.

Verena von Bomhard

Immissionsschutz durch gemeindliches Verwaltungshandeln.

Beide Veröffentlichungen, denen die Dissertationen der Autorin und des Autors zugrundeliegen, sind für Nicht-Juristen etwas schwer zu lesen. Wenngleich die vorrangigen Zielgruppen der Veröffentlichungen daher Richter, Rechtsanwälte und Rechtswissenschaftler sein dürften, so bieten sie doch auch für Laien eine Fülle von Informationen zum faktischen und rechtlich möglichen Stellenwert, den Umweltschutzbefugnisse im gemeindlichen Verwaltungshandeln oder in den häufig vor Gericht verhandelten Auseinandersetzungen zwischen Privaten haben (könnten).

Rosenbach befaßt sich mit dem Problem, daß aufgrund von Umweltveränderungen (diffusen Ursprungs) die „Ränder“ der Eigentumsverletzung unscharf geworden sind. War man daran gewöhnt, in Schäden an der Substanz des Eigentums und Beeinträchtigungen des Eigentumsrechts selbst verlässliche Merkmale der Eigentumsverletzung zu haben, gilt dies für Störungen der Verwendbarkeit der Sache nicht. Störungen der Verwendbarkeit des Eigentums werden insbesondere im 3. Teil des Werkes anhand zahlreicher Fälle diskutiert.

Von Bomhard befaßt sich mit dem kommunalen Aufgabenbereich, immissionsbedingte Konflikte vorsorglich zu vermeiden oder zu mindern. Die Hauptsachen kommunaler Umwelt- und Immissionsschutzprobleme sind Straßenverkehr, Heizungsanlagen und die Ballung von gewerblichen Anlagen sowie verschiedene Freizeitaktivitäten. Dabei geht es nicht nur um stoffliche Belastungen, sondern auch Belastungen für das Schutzgut „Ruhe“. „Wohnruhe“ und „Freizeit- und Sportlärm“ scheinen unvereinbare Größen zu sein.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in zwei Hauptteile. Im ersten werden die rechtlichen Grundlagen gemeindlichen Immissionsschutzes untersucht; der Immissionsschutz wird als Aufgabe der Gemeinden definiert und das verwaltungsrechtliche Instrumentarium erörtert. Im zweiten Hauptteil werden Spezialfragen gemeindlichen Immissionsschutzes in den Bereichen Bauleitplanung, Straßenverkehr, Energiepolitik sowie kommunale Wirtschaftsförderung erörtert. hb

Annim Rosenbach: Eigentumsverletzung durch Umweltveränderung. [Münchener Universitätschriften, Reihe der Juristischen Fakultät, Band 127 - Hrsg. von C.-W.Canaris, P.Lerche, C.Roxin]. - München 1997, 143 S., ISBN: 3-406-42233-0, 64,- DM

Verena von Bomhard: Immissionsschutz durch gemeindliches Verwaltungshandeln. [Münchener Universitätschriften, Reihe der Juristischen Fakultät, Band 118 - Hrsg. von C.-W.Canaris, P.Lerche, C.Roxin]. - München 1996, 261 S., ISBN: 3-406-41448-6, 119,- DM

Studienarchiv Umweltgeschichte

Ein gemeinsames Projekt von Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. und Bund für Natur und Umwelt e.V. Das Archiv sammelt und verfügt über Bestände zu den Schwerpunkten

- bürgerliche/ proletarische Heimat-, Naturschutz- und Wanderbewegung vor 1945/1933
- Natur- und Umweltschutzbewegung (Natur- und Heimatfreunde, Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR, kirchliche und oppositionelle Umweltgruppen), Naturschutz, Umweltpolitik in der DDR
- Umwelt- und Naturschutzbewegung seit 1990

Das Projekt wird



Gefördert durch die
Deutsche Bundesstiftung Umwelt

49007 Osnabrück - Postfach 17 05

Studienarchiv Umweltgeschichte - ein Ort für Quellen und Dokumente, aber auch ein Ort lebendiger Auseinandersetzung über die Umweltgeschichte der DDR und der neuen Bundesländer.

Studienarchiv Umweltgeschichte • Schwedter Straße 37-40 • 10435 Berlin

Wenn Sie Quellen und Dokumente zu den genannten Themen haben und sie nicht mehr benötigen: Werfen Sie nichts weg, rufen Sie uns an: Tel./Fax: 030/ 448 15 90

Institut für Umweltgeschichte und
Regionentwicklung e.V./
Bund für Natur und Umwelt e.V.
Schwedter Str. 37-40 • 10435 Berlin

Büchersendung

